



Kommunist

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bewegspunkt monatlich drei Haupts. 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich. 2 RM. (jährlich 24 RM.) durch die Post bezogen monatlich. 2 RM. (jährlich 24 RM.) durch die Post bezogen monatlich.

Abonnementpreis: Die neurom geprägte Monopoleselektiv oder deren Raum 0.30 RM. für Familienangehörige 0.20 RM. für die Zeitungselektiv angeschlossen an den dreipflogigen Teil einer Zeitung 1.50 RM. Abonnement-Ablaufnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Zeitung Dresden-Allee, Güterbahnhofstraße 2. Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In allen Höheren Gewerken besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspunktes.

3. Jahraang

Mittwoch, den 2. November 1927

Nummer 256

Kundgebung zur 10. Jahresfeier Am 6. November Massendemonstration der Dresdner Arbeiter Sonntag: Auf zum Zirkus!

In diesen Tagen rüsten die revolutionären Arbeitermassen der ganzen Welt zur würdigen Feier der siegreichen proletarischen Revolution in Sowjetrußland. Aus allen Ländern, allen Teilen des Erdballes treffen in Leningrad und Moskau Arbeiterdelegationen ein, stürmisch begrüßt von den Arbeitern der Sowjetunion. Die Delegationen der unter dem Joch kapitalistischer Herrschaft leidenden Proletariermassen überbringen heiße, brüderliche Grüße, bekunden die Solidarität der Werkstätigen und aller Unterdrückten, deren Herzen für die russische Revolution begeistert schlagen. Mit eigenen Augen werden sich die ausländischen Delegationen, die jetzt in der Sowjetunion weilen, davon überzeugen können, welche gewaltigen kulturellen Fortschritte das Land der Arbeiter und Bauern unter der siegreichen Diktatur des Proletariats in den letzten Jahren gemacht hat. Sie werden mit eigenen Augen sehen, daß alle Reichtümer des Landes den Werkstätigen gehören, die im Vaterland der Revolution ein neues Leben, proletarische Ordnung und Kultur und den Sozialismus aufzubauen. Der gewaltige Eindruck von dem unverkennbaren Aufstieg und Vormarsch zum Sozialismus wird sie erinnern lassen, daß der sozialistische Aufbau eine Sache und Errungenschaft des gesamten Weltproletariats ist.

Die Feier des ersten Decenniums der russischen Revolution erinnert besonders aber die deutschen Arbeiter an jenen in der Geschichte beispiellosen Herrscher, den die Führer der Sozialdemokratischen Partei mit Ebert, Scheidemann und Konsorten an der deutschen Revolution verübt haben. Neun Jahre schwarz-rot-goldene Republik, die Herrschaft des Bürgerblocks unter der Aera des Kaiserlichen Feldmarschalls von Hindenburg zeigen heute den deutschen Arbeitern, wo hin der Weg des Reformismus geführt hat. Am 10. Jahrestag der siegreichen russischen Revolution müssen die deutschen Arbeiter daraus die Lehre ziehen.

*
Das Dresdner revolutionäre Proletariat rüstet zur gewaltigen Massenkundgebung am kommenden Sonntag im Zirkus. Auch die Dresdner Arbeiter werden an diesem Tage ihre tiefen Sympathien für Sowjetrußland bekunden und durch gewaltigen Massenaufmarsch zum Ausdruck bringen, daß auch sie zur Verteidigung der Sowjetmacht bereit und gerüstet seien. Die Dresdner Arbeiter werden ausmarschieren zur Feier des Sieges der russischen Revolution. Ihr Aufmarsch wird ein Aufstand sein zu ihrem Kampf um den revolutionären Sieg über die Diktatur des Bürgerblocks, zum Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Zwei Wege — Zwei Bilanzen

Vor ungefähr zehn Jahren sah er an seinem Schreibtisch und schrieb über die künftige Entwicklung Russlands. Schon damals — noch herrschte Kerenski — hielt er „die vorübergehende Herrschaft des mit der Bauernschaft verbündeten Proletariats als eine notwendige Entwicklungsstufe im Entwicklungsgang Russlands, zur bürgerlichen Demokratie“ — und ihre Niederlage. Noch ehe die russische Revolution überhaupt gesiegt hatte, tröstete dieser Mann schon die Bourgeoisie: es geht vorbei.

Wer dieser kluge Prophet gewesen ist? Otto Bauer, der damals unter dem Decknamen Heinrich Weber seine erste Broschüre über Russland schrieb. Otto Bauer, der inzwischen seine Stellungnahme zur russischen Revolution so oft auswechselte, wie es verschiedenartige Situationen, verschiedenartige Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Arbeitersklasse in Europa und in Österreich gab — je nachdem der Druck der radikalisierten Massen und ihre Sympathie für das Land der proletarischen Herrschaft stieg oder schwächte. Otto Bauer, der in diesen Tagen auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie die Scherben des austromarxistischen Bankrots vom 15. Juli wieder zu einem hellen Österreichklopf zusammenleimen muß.

Der Führer des Autonomismus hat ein reichliches Baudenkmal seiner Meinungen über Sowjetrußland vor sich gegeben. Am liebsten aber schrie er immer wieder — wenn es die Stimmung der Protesten nur irgend zuließ — zu der antibolschewistischen These seiner Weber-Broschüre zurück und beschwore, mit der proletarischen Diktatur sei es eine saule Sache: früher oder später müsse sie der bürgerlichen Demokratie Platz machen. Zwischen sind 10 Jahre siegreicher Revolution vergangen. Zehn Jahre Sowjetmacht haben die Antwort auf Otto Bauers geschichtlicher Weisheit erbracht. Es kam alles genau umgedreht, als es der Meister der austromarxistischen Spiegelkämpfer gewissagt hatte. Das Proletariat Sowjetrußlands, das sich im revolutionären Aufstand die Macht eroberte, verteidigte sie erfolgreich gegen alle inneren und äußeren Angriffe der Konterrevolution. Der Machiapparat der proletarischen Diktatur steht nach zehn Jahren gesiegt und unerschütterlich da. Das Sowjetystem ist in den Massen der Arbeiter und werktätigen Bauern verwurzelt denn je. Die Rote Armee — gestützt auf den Willen der breitesten Volksmassen zur Verteidigung ihres sozialistischen Vaterlandes — ist ein entscheidender Schutz gegen die Angriffspläne des Imperialismus. Die sozialistische Partei als Führerin der Massen bei der Verteidigung der Revolution wie bei dem sozialistischen Aufbau ist geschlossen und stark genug, mit den kleinbürgerlichen Schwankungen etlicher bankrott Führer fertig zu werden. Die Wirtschaftspolitik Lenins, die nach Otto Bauer zum Siege des Kapitalismus hätte führen müssen, bewirkte tatsächlich die immer stärkere Verdrängung der privatkapitalistischen Wirtschaftsschicht in der sowjetrussischen Wirtschaft durch die wachsenden sozialistischen Bestandteile der Produktion und Handel, deren Übergewicht heute auf allen Gebieten längst entschieden ist. Zugleich vermochte das siegreiche Proletariat durch ein System zähler und zielsbewußten Rings um kulturrelle und soziale Umwandlung das traurige Erbe des Zarismus zu überwinden und die Grundmauern einer neuen Welt zu errichten. Während in der ganzen kapitalistischen Umwelt der Amtstundentag dem Proletariat geraubt und der Zehn- und Zwölfstundentag fast zur Alltäglichkeit gemacht wurde, geht die Sowjetmacht zur allmählichen Herausbildung der Hochtarbeitszeit von acht auf sieben Stunden über. Das alles sind die Erfolge von zehn Jahren, in denen die Proletarier Russlands den „Zweckweg des Bolschewismus“, wie es Otto Bauer nennt, nach den „Irrelen“ Lenins marschierte.

Und zur gleichen Zeit? In den gleichen zehn Jahren führte der nunmalweise Otto Bauer und der übrige Klüngel des austromarxistischen Führertums die Arbeiter Österreichs rückwärts, auf jener „bewährten“ Bahn, die nach neun Jahren demokratischer Republik zum 15. Juli 1927 und der blutigen Niederkämpfung der künstlich wehrlos gemachten Wiener Arbeiterchaft führte. Was das für eine „bewährte“ Politik war? Otto Bauer plaudert sie mit seliger Erhabenheit in einem Aufsatz zum Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie „Kritiker links und rechts“ aus, der im Oktoberheft der austromarxistischen Zeitschrift „Der Kampf“ erschien. Dort heißt es:

„Seit dem November 1918 war unsere ganze Politik durch das Prinzip bestimmt, alles bis zum äußersten daranzusehen, um den Bürgerkrieg zu verhindern. Deshalb haben wir 1919, zwischen dem roten Budapest und dem toten München, die Demokratie verteidigt. Deshalb haben wir in den vielen Jahren seit 1920 jeden Versuch vermieden, die bürgerlichen Regierungen gewaltsam zu stürzen.“

Kein Wunder, daß eine solche systematische Entmännung des Proletariats, eine solche künstlich grogeschickte Ohnmacht, während zugleich mit allen Überredungskünsten den Arbeitern eingetrieben wird, sie seien stark und auf dem geraden Weg zum Sieg —, daß eine solche Politik der Bourgeoisie Kampflos alle Macht und Überlegenheit in die Hände spielen mußte, ehe die Arbeiter noch dessen inne wurden. Heute kann sich die österreichische Bourgeoisie nach den eigenen Worten des Führers der österreichischen Sozialdemokratie wieder „auf bewaffnete staatliche Formationen verlassen, die keine Scheu mehr haben, auf demonstriierende“

Fort mit dem Koalitionszenat

Kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Hamburger Senat

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung)

Heute findet die erste Sitzung der neugewählten Hamburger Bürgerschaft statt. Die Kommunisten haben folgenden Antrag eingereicht:

Die Bürgerschaft beschließt: Der Senat besteht nicht das Vertrauen der Bürgerschaft. Sein Rücktritt wird sofort erfolgen.

Dazu gibt die KPD eine Begründung, die die arbeiterfeindliche Politik der bisherigen Koalitionsgouvernement in allen Einzelheiten aufzeigt und brandmarkt, und erklärt am Schluss: Auf Grund dieser Tatsachen, sowie angesichts des Wahlergebnisses fordert die kommunistische Bürgerschaftsfaktion den sofortigen Rücktritt des Koalitionszenats, und erklärt erneut, daß sie bei einer Neuwahl des Senats bereit ist, für die sozialdemokratische Regierung zu stimmen, um dieser die Möglichkeit zu geben, Arbeitserfordernisse durchzuführen. Bei der Durchführung von im Interesse der werktätigen Massen liegenden Maßnahmen wird die KPD den SPD-Senat gegen die Angriffe der Bourgeoisie halten.

Obgleich bei den Kommunisten kein Zweifel mehr besteht über die Absichten der SPD, hat die KPD alle Maßnahmen getroffen, um immer wieder den Versuch zu machen, die SPD-Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu überzeugen und die SPD-Führung bei jeder Gelegenheit und jedem Tagesordnungspunkt immer wieder vor die Entscheidung zu stellen: Mit den bürgerlichen Koalitionsparteien für die Interessen der Bourgeoisie, oder mit den Kommunisten für die Forderungen der Kommunisten und die Interessen des Proletariats.

Die KPD präsentiert Arbeitserfordernisse

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung)

Die kommunistische Bürgerschaftsfaktion bringt in der heutigen Bürgerschaftssitzung Anträge für die Erwerbslosen und Sozialrentner ein, die eine Erhöhung der Unterstützungsgruppe um 50 Prozent, Beihilfen durch Vergabe mit warmer Winterkleidung und Feuerung sowie 50 Prozent Erhöhung für Gas und elektrischen Strom vorsehen. Ein weiterer Antrag verlangt im Interesse der Gemeinde- und Staatsarbeiter sofortigen Ausschluß des Senats aus dem niedersächsischen Arbeitgeberverband und Abschluß von Lohn- und Arbeitszeitverträgen durch die Bürgerschaft und Einsetzung eines ständigen Ausschusses, der gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten zur Beschlusffassung vorbereitet.

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung)

Die Kommunisten haben der Hamburger SPD bei den Wahlen zum Bürgerschaftspräsidium jede Möglichkeit einer Aus-

Preisgabe der Arbeitermehrheit durch die SPD

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern trat die neugewählte Bürgerschaft von Harburg und Wilhelmsburg zusammen. Zum 1. Bürgermeister wurde mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen der Sozialdemokrat Duderl gegen die bürgerlichen Stimmen gewählt. Zum Syndicus und 2. Bürgermeister wurde darauf mit sämtlichen bürgerlichen und sozialdemokratischen (!) Stimmen der bürgerliche Barthmann gewählt.

Die Kommunistische Partei hat für Mittwoch und Donnerstag in Harburg und Wilhelmsburg öffentliche Protestveranstaltungen gegen die schändliche Politik der Sozialdemokratie einberufen, da die SPD bewußt und planmäßig die Ausnutzung der Arbeitermehrheit zur Durchsetzung von Arbeitserfordernissen unmöglich gemacht hat.

Aufstand zu schaffen. Es war einmal anders. Es gab auch in Österreich eine Zeit, wo das Proletariat bedrohlich für die Bourgeoisie und ihre Klassenherrschaft wurde. Otto Bauer sagt selbst, in jenen Jahren habe sich „die Bourgeoisie daran gewöhnt, sich vor dem Joch des Proletariats hinter den sozialdemokratischen Staatssekretären zu verstecken.“ Heute hat sie dual der bewährten Methoden des Austromarxismus nicht einmal das mehr nötig. Und so erwidert heute der Thron der Sessel und Konföderation auf das Koalitionsgewinnt gewisser sozialdemokratischer Führer Österreichs mit der gleichen verachtlichen Geringgünstigkeit, wie sie der deutsche Bürger bis auf seinen Hermann Müller und Weis entgegenzubringen pflegt. Das ist das klägliche Ende von neun Jahren austromarxistischen Weg zum Sieg!

Zwei Wege — zwei Bilanzen. Es ist ein zufälliges Spiel der Geschichte, daß gerade in der gleichen Woche, in der der erste große Abschnitt der französischen Revolution und des Bestandes der proletarischen Staatsmacht auf einem Schafott der Erde zum Abschluß gelangt, auch die Häupter des Austromarxismus sich in Wien befinden, um auf ihrem Parteitag Rückblick über die Missionstätigkeit ihres Wirkens zu halten. Wie im Theater des alten Griechenland dem großen heroischen Drama stets das Satirepiel, der Vorläufer der *Hanswurstkate*, beigebracht war, so auch hier: neben dem gewaltigen Geschehen der sozialen Entwicklung, die ein Jahrzehnt in steinem *Bormartsch* des Sozialismus überstand, das kleinliche Gesänk der Neuanmalweisen von Wien, die sich vor dem offenen Bankrott ihrer Politik rathslos den Kopf zerbrechen, wie nie noch am besten von der Verantwortlichkeit und Schuld entlasten können.

Eint die Gala-Partei der Zweiten Internationale, das Bündnis, mit dem die Sozialdemokratien aller Länder Freiheit machen — bunte am Ende ihres Lateins; der 15. Juli enthüllte brüderlich, daß auch in Österreich keine „Auswahlt“ von den revolutionären Prinzipien des Marxismus, des Leninismus, möglich ist. Ein demokratischer Weg zum Sieg als eine speziell österreichische Angelegenheit, wie es Otto Bauer gesetzlich darzustellen verfuhr. Und nun — angelebt ihres Kastos — beginnt das Wortgefecht des austromarxistischen Parteitags.

Von rechts führt Karl Renner, ehemals Bundeskanzler der sozialdemokratischen Koalitionsregierung, seine Offensive im Zeichen der offeneren Koalitionspolitik. Da wir schreibt, so folgt Renner, eine Politik der Staatsbeschaffung und des Wirtschaftsstaates betreiben — warum nicht die Konsequenzen daraus ziehen? Warum nicht Ministerpräsident, wenn wir das an und für sich auch als Opposition durch unsere zivile Einigung in den bürgerlichen Staatsapparat, z. B. mit der Wiener Gemeindeherrschaft, an diesen Staat und seine Regierung gebunden sind?

Und von links weiter Max Adler als Sprecher jener linken Opposition, deren ganze revolutionäre Doktrin darin besteht, eine bessere Durchführung des Linzer Programms der österreichischen Sozialdemokratie zu fordern. Diese Linien sind wahrhaftig so, als ob das Linzer Programm irgend etwas anderes darstellte, als ein Programm des platzlichen Revisionismus mit einigen Scheinabseilen Verbrämungen. Otto Bauer hat ganz recht, wenn er ihnen in seinem Parteitagsartikel vorhält:

Klar, unabwehrlich liegt unter Parteiprogramm: wir wollen mit demokratischen, nicht mit den Mitteln der Gewalt, die Macht erobern ... Kampf um die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie. Gewalt nur zur Verteidigung der Demokratie, wenn die Bourgeoisie uns angreift!

Dass die Austromarxisten die Gewalt auch am 15. Juli vorausgehen, als die Bourgeoisie ganz einfach zu den un demokratischen Methoden des Machtmittengewehrs überging, ist nur logisch. Denn wer der Arbeiterschaft die Gewalt bis auf den Saal Rimmerleinstag ausredet, sie nur als bloßes Mittel der Verteidigung zum Kampf rüttelt und macht es damit überhaupt kampfunfähig — zur Abwehr wie zur Offensiv! Es ist daher kein großer Sprung von der Position dieser österreichischen Linken, die „neue Linie“ verlangen, bis zur Position Otto Bauers, der sich brüderlich nach wie vor der beste Vertreter der eigenen „Linzer“ Weisheit zu sein. Aber es ist erst recht kein Abgrund, der zwischen Renner's österreicher Koalitionspolitik und Otto Bauers links drapiertem Austromarxismus liegt. Auch Otto Bauer ist Koalitionsbereit, wenn nur die Bourgeoisie es braucht. Es hört sich vor dem Parteitag:

„Es gibt Entwicklungsepochen, in denen die bürgerlichen Parteien nicht imstande sind, mindestens nicht ohne ernste Schwierigkeiten und Gefahren imstande wären, allein den Staat zu regieren ... In solchen Zeiten sind Koalitionsregierungen ebenso unvermeidlich als fruchtbart.“

Und jetzt in seinem Parteitagsthesos unterstreicht er noch einmal seine prinzipielle Bereitschaft zur Koalition, ja stellt ein ganzes System auf, wie, wann und weshalb man in die Koalition gehen müsse. Wenn er trotzdem für den Augenblick die einseitige Proklamierung der Koalitionslehnsucht, wie sie Renner fordert, ablehnt, so aus dem gleichen Grunde, der in Deutschland den rechten „Staatsmann“ Löb auf dem Kieler SPD-Parteitag zum „Linken“ werden ließ: weil der Weg zur Autarkie zur Zeit ohnehin durch die Ablehnung der Bourgeoisie verperkt ist! Von welchem Standpunkt ist es nicht mehr bis zur vollen Einigung mit Renner?

Und trotzdem: mögen die Austromarxisten ihren Parteitag mit dem großen, allgemeinen Konsolidierungs- und Verlösungsgegäng abholzen oder nicht — die Tatsache ihres vollständigen geschichtlichen Klassos nach neun Jahren austromarxistischer Politik werden sie um keinen Preis mehr auslöschen können!

Damit versiegt zugleich eine Kraftquelle, aus der sich die Linken der deutschen Sozialdemokratie und alle übrigen Parteien der 2. Internationale immer wieder Trost und falschen

Die Vorbestrafen

Das Motiv, das dem neuen Film, der seit gestern in den MS-Lichtspielen zu sehen ist, zugrunde liegt, ist die Tragödie der Vorbestrafen — jener Achtfüßer, göttlicher Ordnung und Gelehrte — die die kapitalistische Gesellschaft schuldig werden läßt und mit dem Kaiserschild des „Vorbestraf“ jeden aralen Menschen in Deutschland gekennzeichnet hat. Ein sozialer Alltagstonfilm des großen Problems, der den wirklichen Charakter bürgerlich-kapitalistischer Ordnung erkennen läßt, wird in diesem Film trotz aller seiner groben Schwächen zu ergreifender Wuchtigkeit gestaltet. — Ein Spiegel auf der Leinwand für die den großen sozialen Krägen zufügt und ausweglos und unsäglich gegenüberstehende kapitalistische Gesellschaft. Ein Stoff, der zu einer niederschmetternden gewaltigen Anlage gegen die herrschende Klasse, gegen ihre Ordnung und Moral geformt werden könnte, bleibt aber ein schwärmerner Verlust — trotz vieler guter Anläufe und glücklicher Gedanken. Entkleiden wir die oft bis zur brutalen nackten und grausamen Willkür geprägte Handlung ihrer fast sentimental Wirkung — was bleibt noch übrig? Bestensfalls ein Appell an die Menschlichkeit, der Ruf nach sozialer Reform einer dem Untergang geweihten Ordnung, um die sich die unsäglichen Qualen aller Lager bemühen und begegnen.

Der Film soll ein Kampffilm für „soziale Ideen“ sein — er könnte es sein — doch ausweglos, wie diese ganze Gesellschaft ist, sind auch ihre Werke ... Auch „Die Vorbestrafen“ zeigen keinen Weg zur sozialen Tat, die nur in der revolutionären Umgestaltung dieser gekennzeichneten Ordnung das große Problem seiner Lösung entgegenführen wird.

Dennoch hat der Regisseur Rudolf Meinert damit ein Werk geschaffen, das über den Durchschnitt der deutschen Filmproduktion hinausragt.

Koalitionsfurs in der ÖBÖ

Die Stimme der Arbeiteropposition

Wien, 1. November. (Eigene Drahtmeldung)

In der heutigen Vormittagssitzung behandelte der Parteitag den Antrag der Parteivertretung, die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftseinheitskomitee und die Teilnahme an Außendeklegationen mit der Zugehörigkeit zur SPÖ für unvereinbar zu erklären. Pohl, vom Parteitag wiederholt stürmisch unterbrochen, verlas eine Erklärung vom Einheitskomitee für die Gewerkschaftseinheit, für die Verteidigung der Sowjetunion, für das Zusammenwirken mit der Kommunistischen Partei, dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.

Der Auschlußantrag wurde einstimmig angenommen, nachdem Otto Bauer darauf hingewiesen hatte, daß nur eine intrinsische Haltung mit allen Einheitsvertretungen eine Versöhnung mit den kommunistischen Arbeitern ermöglichen könnte. Die Arbeiterschaft veröffentlichte heute den Resolutionsentwurf der politischen Kommission, der in den wichtigsten Punkten dem Standpunkt des rechten Flügels entspricht. Der Resolutionsentwurf besagt u. a.: „Die Sozialdemokratie hat wiederholt sich zu Verhandlungen über eine Abrüstung bereit erklärt. Der gegenwärtigen Regierung ist es aber nicht darum zu tun, eine der Abrüstung günstige Atmosphäre zu schaffen. Eine Koalition ist solange nicht möglich, als die Bourgeoisie es ablehnt, die Arbeiterschaft in einer realen, ihren Lebensinteressen entsprechenden Weise an der Staatsmacht zu beteiligen. Der Parteitag ruft auf, keine Demonstrationen ohne Beschlüsse der Gesamtheit, keine Streiks in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der gewerkschaftlichen Gewerksorganisation. Der Kampf der Partei muß geführt werden im Gewichtsein des hohen Ziels, die Republik nicht nur zu sichern, sondern zugleich auszubauen zu einer wahren Republik des arbeitenden Volkes.“

Der gestrige Abend-Bormärkte veröffentlichte weitere Auszüge aus der Erklärung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPÖ vorgelegt worden ist.

Glanz verhafte. Das „rote Wien“ — das war der Schlager, mit dem die deutschen Linken, die Sendenwihl in Zwickau, Böckel in Chemnitz, Lichmann und Sauer in Leipzig, bayrischen gingen. Wien oder Moskau — das war ihr Schlachtfeld, um die linken sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands von dem „Krieg“ des Földemismus, dem Weg zur SPÖ, abzuhalten. Hätte es keinen 15. Juli gegeben — wer zweifelt daran, daß jent zum 7. November die sozialdemokratische Presse Deutschlands als Gegengewicht gegen die russische Revolution und die politische Beweisstrafe des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetmacht die alten Lohnreihen des österreichischen Weges zum Sozialismus“ ins Feld geführt hätte? Nun — nach dem 15. Juli — ist das schwierlich mehr möglich.

Und so mildt sich denn das unmelodische Gesang des Wiener Parteitags in den Sturmzug der französischen Revolution, dazu neuertigt, im prahlenden Tonner des reichsgerichtlichen Gewitters unterzuckern, nur ein Beweis mehr, daß es nur einen Weg zum Sieg gibt: den Weg Lenins, den Weg der Kommunistischen Internationale!

Sowjetruh' und Ohnmacht

Die Sowjetregierung hat dem Völkerbundessekretariat mitgeteilt, daß sie zu der vorbereitenden Abrüstungskonferenz eine Delegation entsenden wird. Aus Sowjet steht man dazu mit, daß man nicht sonderlich überzeugt sei von dieser Mitteilung, da man nach der Beteiligung Russlands an der Wirtschaftskonferenz eine solche Teilnahme Russlands an der Abrüstungskonferenz erwartet habe.

Die Sowjetunion geht zur Völkerbundeskommision. Die SPÖ-Presse schreit, Russland näher sich sozialdemokratischer Außenpolitik. Bisher haben die Polischwaben und Kommunisten die Abrüstungskonferenz als kapitalistischen Schwund bezeichnet.

Die Werbefrau

der kommunistischen Weltanschauung wird noch immer unterschätzt. Unentwegt muss jeder Freund der Kommunistischen Partei und ihre Presse, die das

Sprachrohr der Arbeiterschaft

ist, an der Gewinnung neuer Anhänger, an der organisatorischen Bindung derjenigen, die in den Existenzfragen zu den Kommunisten stehen, arbeiten. Die 10-Jahr-Zeit der Sowjetunion bietet erneuten Anlaß zur

Werbung für Partei und Presse

Täglich werden neue Fortschritte gemeldet. Der Stadtteil Dresden-Schlesien 1 bringt erneut 29 neue Leser.

Jeder einzelne Kommunist werbe für seine Presse, jeder neue Leser erweitert den Wirkungskreis der Kommunistischen Partei!

Die Idee entstammt einem Brief aus dem Zuchthaus. Der Stoff, den der Film zu meistern versucht, sei in kurzen Strichen gezeichnet.

Hartmann lebte mit seiner Frau und Tochter ein zufriedenes Leben. Sein Verdienst reichte aus. Da erkannte sein Weib — die Not lehrt ein. Der Art erläutert, daß zur Wiederherstellung der Frau eine Rolle notwendig sei. Dazu fehlt es Hartmann an Geld. Sein Vermögen hat die Inflation geopfert. In der Sorge um seine Frau greift er nach fremdem Gelde. Doch ehe es heraustrum, handt seine Frau. Er wanderte ins Gefängnis. Mit dem festen Vorison ehrlich zu bleiben, kommt er in die Freiheit zu seinem Kind zurück. Durch Empfehlung der Gefängnisfürsorge wurde er in die Fabrik des Kommerzienrates Rechlin eingestellt und arbeitet hier für sich und sein Kind. Doch bald sollte es anders werden.

Die nun folgenden Szenen zeigen den Film an seinen lösbarsten Stellen, die den unverhindbaren Eindruck hinterlassen, daß Erich Kraft, der das Manuskript geliefert, verdammt wenig mit der praktischen Wirklichkeit des Arbeiterslebens im Betrieb vertraut ist. Es ist mehr als eine Verleidigung, wenn die Arbeitskollegen Hartmanns mit typischen Verbrechergesichtern gezeichnet und beschuldigt werden, dem Hartmann seinen Lohn gestohlen zu haben. Den Beifall des Arbeiterpublikums wird die ungewöhnliche und willkürliche Szene gewiß nicht finden. Hartmann beschuldigt seine Kollegen des Diebstahls. Das Geld wird heimlich in seine Rocktasche gesteckt, und nun folgt wieder ein Bild, das dem Wert des Films ganz erheblich Abbruch tut. Der Betriebsrat beantragt Hartmanns Entlassung. Hartmann geht. Nun malt der Film graue Elendsbilder der Arbeitslosigkeit. Überall steht ihm das „Vorbestraf“ im Wege. Es langt nicht mehr zum

Diese Erklärung zeigt, daß der Austromarxismus, wie schon immer behauptete, vom plattesten Reformismus getragen ist. Es heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Umsturzes und auch in späteren Zeiten, als in anderen Staaten immer wieder Blut in Strömen flöß. Österreich vor dem Bürgerkrieg bewahrt. Die Sozialdemokratie hat im Linzer Programm anerkannt, daß unter bestimmten sozialen Voraussetzungen die Kooperation der Klassen, sei es in der Form einer Koalitionsregierung oder in anderer Form, vorübergehend sein kann. Aber solange die bürgerlichen Parteien dabei bleiben, die Sozialdemokratie nullifizieren, ist keine Koalition möglich ... Alle, die den Bürgerkrieg verhindern und die Sicherheit herstellen wollen, das die in der kapitalistischen Gesellschaft unvermeidlichen Klassenkämpfe nicht in Katastrophen enden, sondern als gewaltige Kämpfe, auf dem Boden der Demokratie geführt werden, fordert die Partei auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse das Regierungsbündnis des Bürgerblocks zu bekämpfen.“

Bereitschaft zur Koalition

Wien, 2. November. (Eigene Drahtmeldung)

In der Nachmittagssitzung des sozialdemokratischen Parteitages begründete Seitz die Resolution der politischen Kommission. Er erklärte, daß in der Partei prinzipielle Differenzen über die Koalitionspolitik vorhanden seien. Es sollen im gegenwärtigen Augenblick aber ausschließlich taktische Fragen sein, die der Bildung einer Koalition entgegenstehen: „Wir stehen fest auf dem Boden des Linzer Programms, sind aber bereit, mit denjenigen Teilen des Bürgertums zusammenzuwirken, die den Földismus nicht wollen.“

Die Resolution der politischen Kommission wurde dann einstimmig angenommen und es erfolgte die unveränderte Wiederwahl des Parteivorstandes mit etwa 400 Stimmen für jeden Kandidaten. Max Adler erhielt ganze 7 Stimmen. Hierzu wurde der Parteitag geschlossen.

Ganz verhafte. Zeit beteiligte man sich an diesem Schwund. Gegenzeitige Behauptungen der kommunistischen Presse seien erlogen. Mit anderen Worten: Russland nähert sich in den Augen der SPÖ der Friedenspolitik. Die Volkszeitung schreit am lautesten. Vor ein paar Tagen schrieb die Volkszeitung über den „roten Imperialismus“. Diese karakterlose Gesellschaft löst jeden Tag anders. Die Hauptfrage ist die Discreditation der Sowjetunion, die heute gegen die Kommunisten. Diese Lügen aus Prinzip beziehen die SPÖ der Lüge. Hat die Sowjetunion jemals ihren Willen zur Friedenspolitik verleugnet? Hat sie nicht auf alle Revolutionen mit Friedensmaßnahmen reagiert? Hat die Sowjetunion nicht den freien Ueberfall auf die Gesellschaft in Peking hingenommen? Hat sie nicht die Panditentanzier der englischen Diehards gegen die Aros ertragen? Hat sie nicht erst vor kurzem den Botschafter in Paris, Ralowit, abberufen, um die französischen Kriegstreiber festszustellen? Trotzdem aber wagten es die Kapitalistenschule, vor der Volkszeitung zu schreiben, „das bolschewistische Russland ist heute eine drohende Gefahr für den Weltfrieden, als wie es ehemals das zaristische war.“

Heute verhafte die Kapitalistenschule, mit der Beteiligung der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz ihre verdeckte, die Imperialisten unterstützende Politik zu verteidigen.

Sowjetland ist der stärkste Verfechter der Friedenspolitik. Sowjetland will die Abrüstung. Die Sowjetunion wird eine wirkliche Abrüstung vorbringen, nicht ein verlogen Monolog, wie es von den Imperialisten durchgeführt und von den Sozialdemokraten unterstützt wird. Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft zur Abrüstung mehr wie einmal erkannt. Sie hat sich auch schon bei der letzten Konferenz zur Beteiligung bereit erklärt. Sie verlangt aber vollständige Garantien für das Leben ihrer Vertreter durch die Schweiz. Schon im Jahre 1922 hat die Sowjetunion bei Tschihschirin die Oststaaten in einer Abrüstungskonferenz aufgerufen. Diese Konferenz wurde von England durchkreuzt.

Die Sowjetunion war immer bereit, sich an einer Abrüstungskonferenz zu beteiligen. Aber Russland verlangt Abrüstung von allen Staaten, keine Abrüstung nur für die Sowjetunion. Wie die Vertreter der Sowjetunion gegen die kapitalistische Rationalisierung gekämpft, wie sie auf der Wirtschaftskonferenz für die Interessen der werktätigen Massen eingetreten, werden sie als die einzigen auf der Abrüstungskonferenz für die tatsächliche Abrüstung eintreten. Sie werden die Imperialisten zweimal Farbe zu kennen. Sie werden aber auch den Sozialdemokraten die Masse ablehnen. Dann werden die Leute aus der Volkszeitung wahrscheinlich wieder anstreben zu heulen.

Wie werden uns also in kurzem widersprechen. Wer die wirkliche Abrüstung will und wie sich die Sozialdemokratie dazu stellen, das wird die nächste Zeit zeigen.

Schwerer Eisenbahnzusammenstoß

Köln, 1. November. Heute morgen kamen zwei Lokomotiven bei der Einsicht in den Bahnhof Grevenbroich zusammen. Beide Lokomotiven entgleisten. Durch den Zusammenstoß wurden 17 Personen leicht verletzt, 7 mußten im Krankenhaus Grevenbroich bleiben. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Leben. Noch einmal versucht er es bei Rechlin — vergessen, der Kommerzienrat ist verreist. Wieder tragen ihn seine Tüten vor laufend Tüten. Die Wirtin verlangt die Miete. Er verspricht ihr einer zu helfen — wenn er Schmiede steht.

Wieder wurde er schuldig. Vor den Schranken des Gerichts zeugt der Kommerzienrat Rechlin für ihn. Rechlin ist auch bereit, seine Auslagen zu beschwören. Vor dem Schur wird er gefragt, ob er, der „hochgeachtete Kommerzienrat“, schon einmal „vorbestraft“ sei. Rechlin muß gestehen. Hartmann geht auf drei Monate ab. Der Revolverjournalist aber hat genug gehört. Er forcht nach. Er erpreßt von Rechlin jenseitiges Geld, und als dieser nichts mehr gibt, erscheint der große Artikel: „Die weiße Weste Rechlins“. Rechlin ist erledigt. Seine Gesellschaft nimmt bittere Rache an ihm. Er wird geächtet, ausgestoßen; die bürgerliche Gesellschaft verachtet ihn nicht. Als letzter Ausweg bleibt ihm der Revolver.

Wieder aus dem Gefängnis entlassen, beginnt das Elend von neuem. Wieder ist alles vergebens — es bleibt nur noch das Verhungern — oder der Strich. Da opfert sich seine Tochter einem brutalen Wüstling. Sie wird von der „Sitten“ abgeführt. Hartmann sieht es, verlangt Freiheit für sein Kind, verachtet sie zu bestreiten und schlägt den Beamten nieder. Ein unglücklicher Schlag — der Beamte war tot.

Hartmann wandert für immer ins Zuchthaus. Und die Tochter? Der Film gibt die Antwort und zeigt die Wellenkreise des Großstadionals, die über dem Proletariermädchen zusammenfließen.

Der Film zeigt prächtig gelungene Aufnahmen. Die Handlung ist spannend, die Leistungen der Schauspieler sind teilweise ganz herausragend. Die aus Plaketen und Plakat stammenden Gefangenisaufnahmen geben ein Bild, wie „human“ der soziolose Strafzug in Sachen ist.

W. S.

Kaifer mit Reudell einig! Der Sächsische Landtag zum Reichsschulgesetzentwurf

Dresden, den 1. November.

Die Neuaufnahme der „Arbeit“ des Sächsischen Landtages fand eine recht unanständige Zuhörertafel. Auch die Bänke der Abgeordneten wichen starke Läden auf. Der Landtagspräsident Schatz noch immer stark verdeckt, eröffnet der Deutschen Nationalen Börsenpräsident Eduard die Sitzung und leitet mit, daß der Abgeordnete Ulrich (Komm.) erkannt sei und daß Abgeordneter Genosse Dr. Schmidts sein Mandat niedergelegt habe, da er aus Sachsen fortgezogen sei (er ist zum Stadtrat in Berlin-Neukölln gewählt worden). An seiner Stelle tritt der Genosse Schriftleiter Karl Müller (Ebersbach). Daraufhin verliest Genosse Müller als Schriftführer ein Schreiben des nationalsozialistischen Abgeordneten Wüste, in dem dieser die Niedergabe seines Mandats mitteilt. In der Begründung, die mit Gelächter auf der linken Seite des Hauses aufgenommen wird, erklärt sich Wüste außerstande, die Unstimmigkeit des Sächsischen Landtages ertragen zu können. Außerdem haben die „eigenartigen Vorgänge“ bei dem Eintritt der Deutschen Nationalen in die Regierung ihn zum Ablegen der letzten Sitzungen des Landtages gezwungen. Der sich plötzlich so fleißig gehabende Meisterparlamentarier Dr. Wüste wird jedoch dadurch überzeugt, daß er selbst von 47 Sitzungen des Landtages nicht weniger als 19 vollständig geschwängert hat und die anderen meist kurz nach Fertigstellung seiner Anwesenheit verschwunden ist. Dafür hat er, wenn er einmal da war, bei wichtigen Arbeitserörterungen stürmisch den Saal verlassen, um sich vor der Abstimmung zu „sichern“. Nunmehr tritt das „hohes“ Haus in die Beratung der Tagesordnung ein. zunächst werden sämtliche Anträge zum

Reichsschulgesetzentwurf

zur Beratung gestellt. Als erster begründet Arzt (SPD) einen sozialdemokratischen Antrag gegen den Entwurf. Er greift die Demokratie an, über deren feige Haltung er sich „wundert“, und betont, daß bei der Erörterung des Entwurfs die Kostenfrage der springende Punkt (!) sei. Da es bei der Behandlung der Frage nicht völlig die Basis der reaktionären Schulpläne verschweigen kann, erklärt er schamhaft, daß das Weimarer Schulkompromiß, das gegen großen Widerstand in der Sozialdemokratischen Partei von der SPD mit dem Zentrum geschlossen wurde, dennoch wenigstens die Gemeinschafts-Schule (mit Religionsunterricht!) gebracht hat. Er wendet sich nicht gegen den Religionsunterricht als ordentlichen Schulfach, sondern verlangt nur „wissenschaftliche Erziehung“ der Religionsfragen im Unterricht der Gemeinschaftsschule. (Gibt es eine „objektive“ Wissenschaft?) Er kritisiert die halbe Haltung der sächsischen Regierung und verlangt einen genauen Bericht über die Haltung des Regierungssprechers in dieser Frage. Aufführung einer Übersicht über die Kosten der Umstellung der Schule auf Grund des Entwurfs. Zum Schlus spricht er in schwungvoller Rede für den etlichen Gedanken der Abberufung des Theologen für die Arbeitskinder.

Genosse Rößler

wollt darauf hin, daß bereits am 15. August die kommunistische Fraktion an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereits eine Übereinkunft habe, was aus dem sächsischen Schulwesen wird, wenn die Bedingungen des Reichsschulgesetzentwurfs erfüllt werden sollen. Zwei Monate hat die Regierung gebraucht, um eine — ausreichende Antwort zu geben. Ein Rechtsquellenbericht über den Stand der sächsischen Schule wurde nicht ausgearbeitet, um einer scharfen Auslandserklärung auszuweichen. Genosse Rößler geht in seinen Ausführungen auf die politische und ökonomische Abhängigkeit der Schule von der jeweils herrschenden Klasse ein und kennzeichnet den Reaktionären Gesetzentwurf als Verlust der deutschen reaktionären Bourgeoisie des neu-deutschen Imperialismus im absteigenden Kapitalismus, zur endgültigen Aneignung der sich aufbauenden Arbeiterklasse. Einzigartig behandelt er den ursprünglichen Sinn der „Gemeinschaftsschule“ als eine Schule, deren Basis die soziale Solidarität sein soll. Die völlige Niederdrückung der Schule in die mittelalterliche Abhängigkeit von der Kirche wird verbrämt mit den Phrasen von der „christlichen deutschen Kultur“, die jedoch um so klarer den wahren Sinn dieser Pläne aufzeigen. Kein pädagogisch wird jeder Fortschritt aus den Schulen verbannt oder erdrückt. Alle Grundzüge der modernen Pädagogik werden mit Rücksicht auf die Appell an die rückwärtigen Tendenzen in der Elternschaft beweist das. Die heutige Familie ist nicht lebens- und entwicklungsfähig und kann deshalb kein Ausgangspunkt der Erziehung werden. Andernfalls aber sorgt ein besonderer Paragraph für die Ausbildung der Rechte einer proletarisch-feldenden Familien, falls diese im Kampf um ihr Kind gegen die konservative Schule Stellung zu nehmen beschließt.

Die „Achtung der Meinung Andersdenkenden“, die den Schwarzen annehmbar erscheint, bestätigt sich natürlich nicht auf kommunistisch denkende Eltern und ihre Kinder. Für diese zu beachtende Meinung gibt es Sonderverbote. Die Schule des

Reudellschen Entwurfs ist nichts anderes als eine verkappte christliche Gemeinschaftsschule. Der Entwurf widerspricht glatt dem ersten Paragraphen des Artikels 146 der Verfassung. Bezeichnend aber ist der von verhängnisvollen Weimarer Schulkompromiß, daß der Absatz 2 des Artikels 146 und der Artikel 149 recht gut zur Befreiung der „Verfassungsmäßigkeit“ des reaktionären Entwurfs herangezogen werden kann. Dieses Schulkompromiß ist ein Produkt der Schadegeschäfte zwischen Sozialdemokratie und dem schwarzen Zentrum, das nunmehr den deutschnational-zentrumschen Reaktionären als Basis für ihren Generalsangriff auf die Volkschule dient. Deshalb muß man, wenn man diesen Plänen entgegentritt will, auch für die Befreiung der Artikel 146 und 149 eintreten. Das Charakteristischste ist weiter, daß dieselbe Bürgerblöd, der die Erhöhung der Beamtengehälter durch ein bestelles Eingreifen des Finanzdepartementes verhindern will, um Geld zu sparen, den finanziell schwer belasteten Ländern und Gemeinden die ungeheure Kosten für die Verschärfung und Konfessionalisierung der Volkschule aufbürden will. Wir Kommunisten fordern deshalb auch die Aufhebung des Entwurfs wegen seiner Untragbarkeit für Kinder und Gemeinden, weiterhin die Aufhebung des bürgerlichen Koalitions und die Abwendung jedes weiteren Koalitions durch das Reich, die Befreiung des Artikels 146 und 149 der Verfassung und die Durchführung der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulunterrichts. Wir lehnen deshalb auch die „Gemeinschaftsschule“ ab, die die Religion als ordentliche Schulfächer enthält und deshalb eine verkappte Volkskirche sein kann. Bezeichnend ist, daß nur in einem elstischen Lande der Welt diese Grundforderungen moderater Pädagogik durchgeführt werden sind; in der Sowjetunion, im Lande der Diktatur der Arbeiter und werttätigen Bauern. Diese Tatsache allein zeigt deutlich, daß die Schulfragen politische Machtkrisen sind. Wie Kommunisten haben deshalb auch keine Illusionen über die Garantierung einer wirklich wölflichen Erziehung der Proletarierklasse durch eine Schule der bürgerlichen Klassenstaaten. Eine wölfliche wölfliche Einheitschule ist nur möglich in einer elstischen Klassenlosen Gesellschaftsordnung. Deshalb legen wir Kommunisten allen denen, die entschlossen sind zur Abwehr der seitlichen Auseinandersetzung der Jugend vor Arbeitern, daß nicht Polierung der Arbeiterklasse in sogenannten „wölflichen“ Sondergruppen, sondern der entflossene revolutionäre Klassenkampf gegen die Bourgeoisie auf kulturellem und ökonomischen Gebiet die Basis auch für die geistige Befreiung der Schule vom Joch der Reichenrealismus und ihrer Hintermänner schaffen kann! (Kranz h. d. Komm.) Der Demokrat Dr. Seifert bestärkt keinen ablehnenden Standpunkt mit der Notwendigkeit des Hohenrotes des bürgerlichen Staates gegenüber der Kirche.

Der Deutschen Nationalen Kreismann rollt natürlich eine Attache für den Reudellschen Entwurf und bringt seine Befürwortung mit Titeln aus den Reden und Toten des Sozialdemokraten Heinrich Schulz, der tatsächlich der erste Befürworter der Konfessionalisierung des Schulweises geworden ist. Auf seine Vorarbeit haben Rücksicht und nach ihm Reudell ihre reaktionären Entwürfe aufgebaut.

Der Kultusminister der Held-Regierung, der Volkspartei Dr. Kaiser, erklärt, ein genaues Bild über die Finanzierung des Reudellschen Reichsschulgesetzes nicht gegeben werden könne. Zur Verfassungsmäßigkeitfrage belingt er, daß entweder ein Reichsschulgesetz als verfassungsmäßig akzeptiert oder aber bei Ablehnung die Verfassung geändert werden müsse. Die sächsische Regierung ist für ein Reichsschulgesetz. Sie will auch Zusammenarbeit mit den Eltern. Ganz besonders befürwortet ist dann eine Erklärung Kaiser, daß es zweckmäßig wäre, solange die Betonung der „Wölkerordnung“ als Ziel der Schule in Deutschland aus dem Gesetz zu lassen, bis auch die ehemaligen Feindstaaten diesen Punkt in ihr Schulprogramm aufnehmen.

Diese provokante Erklärung löst lebhafte Unruhe aus. Kaiser lebt sich die Gemeinschaftsschule ein, die das „einheitliche deutsche christliche Kulturgut“ zu pflegen hat. In keiner Polémie gegen die Redner der Opposition muss er zugeben, daß bei allem Gegenläufigen die Ausführungen des Genossen Rößler viel tieferdrückend gewesen seien als die der anderen Oppositionsredner. Tatsächlich ist die ganze Rede nichts als eine verkappte Befreiung des Reichsschulgesetzes, obgleich Kaiser auch ein paar Worte gegen ein Koalition findet. Er will eine deutsche nationale Gemeinschaftsschule, in deren Interesse die sächsische Regierung ihre Anträge im Reichstag gestellt hat. (Verstärkter Beifall.)

Der Wirtschaftspolitiker Hentschel ergibt sich in geradezu verblüffend inhaltlosen Redewinden über den Wert religiöser Erziehung. Er nennt den Reichsschulgesetzentwurf eine „gewisse Reaktion auf die sozialistischen Erziehungsbestrebungen“. Er legt Wert auf „Individualität in Wirtschaft und Kultur“. Das alles garantieren der Entwurf.

Augen verschleierten mußte. Ja, mehr als das, sie lach sich gezwungen, den „Rat des Verbandes der Kosakenarmee“ anzuerkennen und die neugebildeten Kosakenktionen der Sowjets für ungünstig zu erklären.

In der ersten Oktoberhälfte erschien eine Kosakendelegation bei Kerenski, die in arroganter Ton die Niederholung der gegen Kaledin gerichteten Anklagen forderte und dem Ministerpräsidenten den Vorwurf machte, zu nachgiebig gegenüber den Sowjets gewesen zu sein. Kerenski erklärte sich bereit, Kaledin ungehorsam zu lassen. Außerdem soll er sich wie folgt geäußert haben: „In den Augen der Sowjetführer bin ich ein Diktator und Tyrann... Die Provisorische Regierung hängt nicht nur nicht von den Sowjets ab, sie bedauert im Gegenteil, daß diese überhaupt existieren.“

Gleichzeitig erschien eine andere Kosakenkommission bei dem englischen Gesandten und hatte die Rücksicht, mit ihm als Vertreter des freien Kosakenvolkes zu verhandeln.

Im Don-Gebiet war eine Art Kosakenrepublik gebildet worden. Das Kuban-Gebiet proklamierte sich als unabhängiger Kosakenstaat. Die Sowjets von Kostow am Don und Jelatenburg waren von bewaffneten Kosaken auseinandergejagt und der Hauptort des Bergarbeiterverbandes in Charkow überfallen worden. In allen diesen Manifestationen zeigte die Kosakenbewegung ihren antikommunistischen und militärischen Charakter. Ihre Führer waren Adelina und große Güteschreiber von der Art Kaledin, Kornilow, des Generals Dutow, Karaulow und Bardies. Sie hatten die Unterstützung der mächtigen Kavallerie und Kavaliere Moskaus...

Das alte Russland begann mit großer Schnelligkeit auszukämpfen. In Finnland, in Polen, in der Ukraine und Weißrussland wuchs die nationalistische Bewegung und wurde fühner. Die unter dem Einfluß der bestehenden Klassen liegenden lokalen Regierungen forderten Autonomie und weitgehend, den Anordnungen Petrograds Folge zu leisten. In Polen lehnte der kleinländische Senat es ab, der Provisorischen Regierung Geld zu leihen, proklamierte die Selbständigkeit Finnlands und verlangte die Jurisdiktion der russischen Truppen. Die bürgerliche Rada in Kiew zog die Grenzen der Ukraine so weit, daß sie die reichen Agrargebiete Südrusslands, östlich bis zum Ural hin, umfaßten, und begann mit der Aufstellung einer eigenen Armee. Ihr Premier Winnischko arbeitete auf einen Sonderfrieden mit Deutschland hin, und die Provisorische Regierung war hilflos. Sibirien, der Kaufklaus, forderten ihre besonderen Konstituierenden Versammlungen, und in allen diesen Ländern begann ein verzweigter Kampf zwischen den Regierungen und den lokalen Sowjets der Arbeitervolk und Soldatenversammlungen.

Kaledin, der Ataman der Donkosaken, von der Provisorischen Regierung wegen seiner Beteiligung an dem Kornilow-Aufstand seines Postens entbunden, weigerte sich zu gehen, und von drei riesigen Armeen umgeben, lagerte er mitgliedrend und drohend bei Kostow-Tschetinsk. So groß war seine Macht, daß die Regierung seiner Gehorsamsverweigerung gegenüber die

Genosse Böttcher

reicht den religiösen Geistespolitikern die Maske vom „stromen“ Gesicht. Man geht mit den Phrasen um den Kern der Sache herum, um zu verdeutlichen, daß diese Schulfragen politische Machtkrisen sind. Auch das liberale Bürgertum findet sich in den grundlegenden Fragen sozialer Kämpfen gegen die marxistisch-materialistische Auffassung vom (bürgerlichen) Klassenkampf, dessen Instrument die Schule ist, mit dem Klerikalismus zusammen. Das Kulturbüro der „Unterwerbung“, den Heinrich Mann so vortrefflich gekennzeichnet hat. Der Standpunkt des Kultusministers zur Frage der Befreiung der Böller ist ebenso bezeichnend. Richtig ist, daß der kapitalistische Staat immer seine Schulen aufbaut auf dem „Gedenken“ der Volksverehrung, um gutes Kanonenfutter für neue imperialistische Raubzüge zu haben.

Dieser in „deutlichem Kulturgut“ erzeugene Mustermensch bleibt der „Unterton“, den Heinrich Mann so vortrefflich gekennzeichnet hat. Der Standpunkt des Kultusministers zur Frage der Befreiung der Böller ist ebenso bezeichnend. Richtig ist, daß der kapitalistische Staat immer seine Schulen aufbaut auf dem „Gedenken“ der Volksverehrung, um gutes Kanonenfutter für neue imperialistische Raubzüge zu haben.

Diesem Geiste sollen nach dem Willen der Befreiung der „christlich-deutschen Kulturgut“ die Schulen dienstbar bleiben. Der Auspruch des Kultusministers ist dafür ein Beweis. Seine Stellungnahme zur Bekenntnisschule hat den Deutschnationalen gezeigt, daß auch die „opponierende“ sächsische Regierung im Ziele sich mit Herrn von Reudell einigt ist: „Gester Ausbau der bürgerlichen Machtposition in der Volkschule“. Dieselbe Regierung, die für die wichtigsten sozialen Aufgaben kein Geld hat und auch dafür kein Geld vom Reich bekommt, hat gründlich nichts einzubringen, daß die ungeheuren Kosten der Verpflichtung der Schule von Gemeinden und Ländern aufgebracht, das heißt aus den kleinen Steuerzahler aufzugebracht werden sollen. Tatsache ist, daß auf Grund der Auseinandersetzung im Lande diese Regierung in diesen Fragen keine Mehrheit hinter sich hat. Wie werden zu dieser Frage ein Migränensozium gegen die Regierung einbringen, die die Regierungslinien zur offenen Stellungnahme zwangen. Bei dieser Frage muß man aber auch feststellen, daß die besten Argumente und die tiefste Kritik der Reaktionären geliefert werden von der preußischen Koalition, in der die Sozialdemokratie sitzt, in Gemeinschaft mit Niedersachsen und Württemberg. Für diese Haltung ist die Sozialdemokratische Partei voll verantwortlich. Und wenn Arzt im Preußischen Landtag gefallen hätte, so hätte er bestimmt anders geredet (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Bei der Stellung der Marxisten zur Religion gibt es keine Schwierigkeit. Richtig ist, daß wir geistig die religiöse irreführende Arbeitenden-Schichten überzeugen und loslösen wollen. Für den Marxisten aber gibt es keine Auslöschung mit der Kirche. Religion ist und bleibt Opium fürs Volk!

Die Rolle der Kirche der Gegenwart besteht in der geistigen Niederhaltung der arbeitenden Schichten im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Bei der deutschen Sozialdemokratie wird die Stellung zur Religion beeinflußt nicht vom Marxismus, sondern von der Koalitionspolitik. Der Ausdruck dieser Einstellung ist ja das Weimarer Schulkompromiß der Sozialdemokratie mit dem Zentrumspfaffen. Der Sozialdemokrat Löwenstein will Klerikalismus von der Sozialrevolution trennen, um ein Männchen für eine Begründung einer Koalition mit dem Zentrum zu haben. Wie bei der Religion, hat die Sozialdemokratie auch ihre Stellung zum Staate revidiert, entgegen den Prinzipien des Marxismus. Also auch in diesen Fragen zeigt sich die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie. Während sie die „weltliche“ Schule fordert, wie sie der bürgerliche Liberalismus propagiert hat, fordert die Kommunistische Partei die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens im Sinne einer einheitlichen proletarischen Weltanschauung. Wir unterstützen alle sozialistischen Bestrebungen auf kulturellem Gebiet, aber wir müssen die Arbeiterschaft nicht darüber, daß der endgültige Sieg über die plätschende Reaktion und die geistige Befreiung der Arbeiterklasse erst erlangt werden kann durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. (Lebhafte Bravo bei den Kommunisten.)

Nachdem noch der Volkspartei Hidmann die Stellung der sächsischen Regierung unterstrichen hat, betont er, daß das Gesetz durchaus verfassungsmäßig ist, jedoch verlangt er Oberhöheit des Staates über die Schule. Die Rolle der Kirche der Gegenwart besteht in der geistigen Niederhaltung der arbeitenden Schichten im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Bei der deutschen Sozialdemokratie wird die Stellung zur Religion beeinflußt nicht vom Marxismus, sondern von der Koalitionspolitik. Der Ausdruck dieser Einstellung ist ja das Weimarer Schulkompromiß der Sozialdemokratie mit dem Zentrumspfaffen. Der Sozialdemokrat Löwenstein will Klerikalismus von der Sozialrevolution trennen, um ein Männchen für eine Begründung einer Koalition mit dem Zentrum zu haben. Wie bei der Religion, hat die Sozialdemokratie auch ihre Stellung zum Staate revidiert, entgegen den Prinzipien des Marxismus. Also auch in diesen Fragen zeigt sich die verhängnisvolle Rolle der Sozialdemokratie. Während sie die „weltliche“ Schule fordert, wie sie der bürgerliche Liberalismus propagiert hat, fordert die Kommunistische Partei die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens im Sinne einer einheitlichen proletarischen Weltanschauung. Wir unterstützen alle sozialistischen Bestrebungen auf kulturellem Gebiet, aber wir müssen die Arbeiterschaft nicht darüber, daß der endgültige Sieg über die plätschende Reaktion und die geistige Befreiung der Arbeiterklasse erst erlangt werden kann durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. (Lebhafte Bravo bei den Kommunisten.)

Nachdem noch der Volkspartei Hidmann die Stellung der sächsischen Regierung unterstrichen hat, betont er, daß das Gesetz durchaus verfassungsmäßig ist, jedoch verlangt er Oberhöheit des Staates über die Schule. Beide erklären für seine Partei, daß er „grundätzlich“ auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie steht, daß er sich aber heute als „praktischer Politiker“ gewünscht hätte, daß er sich grundfeste Konsolidierung gepflogen, sondern sich verschoben hinter die sächsische Regierung gestellt hätte, um das Erreichbare zu verteidigen. Man sollte nicht die Erfahrungsfähigkeit des Sächsischen Landtages der Reichsregierung zeigen. Die Schuld an den Vorstößen der Reaktion sei die Oppositionspolitik der Sozialdemokratie und Demokratie im Reich. Er erklärt, daß er die Haltung der preußischen Koalition durchaus verstanden. Er wendet sich im Interesse der nationalen Volkgemeinschaft gegen religiöse Verkürzung und schließt mit einer Billigung der Haltung der sächsischen Regierung.

Nach den Schlussworten gehen sämtliche Anträge zu dieser Frage an den Ausschuß. Wegen vorgezogener Zeit wird die Erledigung der weiteren Punkte der Tagesordnung auf Donnerstag den 3. November verschoben.

Die Verwirrung wurde mit jedem Tage größer. Die Soldaten desertierten zu Hunderttausenden und begannen in ungeheuren Wellen planlos und ziellos über das Land zu fliehen. Die Bauern der Gouvernements Tambow und Twer, des langen Wartens auf das ihnen versprochene Land müde und in Verzweiflung gebracht durch die Gewaltmaßnahmen der Regierung, brannten die Gutshäuser nieder und massakrierten die Gutsbesitzer. In Moskau, Odessa und in den Kohlenbergwerken des Don-Bedens wüteten mächtige Streiks und Auspferungen. Der Transport war lahmgelegt, die Armee hungrig, und in den großen Städten gab es kein Brot.

Die Regierung, hier und hergerissen zwischen den reaktionären und demokratischen Parteien, konnte nichts tun, und wo sie gezwungen musste einzugreifen, setzte es stets im Interesse der bestehenden Klassen. Sie bot die Koläken auf, um die Bauern zur Raison zu bringen und die Streiks niedergeschlagen. In Tschkent unterdrückten die Behörden den Sowjet. In Petropawl hatte sich der Wirtschaftsrat, dessen Aufgabe es sein sollte, das zerstörte Wirtschaftsleben des Landes wieder herzustellen, auf den denklichen Kräften von Kapital und Arbeit folgendes und missglückt. Die Missionsarbeiter streng Maßnahmen, um die Disziplin in Armeen und Flotten wiederherzustellen. Unisono wiesen der Marineminister, Admiral Werderewski, und der Kriegsminister, General Werthmüller, darauf hin, daß nur eine neue, freiwillige, auf der Zusammenarbeit mit den Soldaten- und Matrosenkomitees basierte demokratische Disziplin die Armeen und Flotten retten könnte. Ihre Vorstellungen wurden nicht beachtet.

Die Reaktion war offenbar darauf aus, die Volksmassen zu provozieren. Der Kornilow-Projekt rückte näher und näher; immer unverhüllter nahm die bürgerliche Presse für den General-Wart-Patriot. „Sie braucht von ihm als von dem „großen russischen Patrioten““ Kurzweil Zeitung. Obgleich die Tschekos erhoben haben den Ruf nach einer Diktatur „Kornilow-Kaledin-Kerenski“.

Mit Burjew, einem kleinen, gebürtig gebürtigen Mann, mit einem Gesicht voller Rauheit und faszinierenden Augen hinter dicken Brillengläsern, struppigem Haar und grauem Bart, hatte ich eines Tages eine Unterredung in der Pressegalerie des Rates der Republik.

Hören Sie mir zu, junger Mann! Was Russland braucht, ist ein starker Mann. Wir sollten unter Denken endlich von Politische Wunscher haben Kornilow gestützt; aber hinter diesen stehen deutsche Agenten. Ach! Kornilow hätte gewonnen sollen...“ (Fortsetzung folgt.)

10 TAGE die die Welt erschütterten
e von JOHN REED
Autorisierte Übersetzung von Willi Schön.
Copyright by Verlag für Literatur und Politik, Wien, Berlin SW 46
(6. Fortsetzung.)

Hier ein Artikel aus Rabotnički in Solbat, dem Organ des Sowjetischen Petrozoder Sowjets:

Was die Regierung den Schülengräben zu sagen hat!

</div

Dresden

2. November 1920: 200 000 Berliner Gemeindearbeiter im Streik. — 1918: Erlass Wilhelms II. zur Demokratisierung Deutschlands. — Kampf zwischen aufständischen Marinemann-Schiffen und Deckoffizieren in Kiel.

Ein kritischer Beobachter

Wer geht in den letzten Tagen die Johann-Wildrusser Straße und über den Postplatz gegangen, wird beobachtet haben, wie Arbeiter auf freischwingenden Leitern, umbrandet von dem Verkehr der Großstadt, ihr Tageswerk verrichten müssen, wird sich wohl fragen, wie hoch der Verdienst für die gefährliche Arbeit, die nebenbei ein gewisses technisches Können benötigt, sein wird. Dem Frager sagen wir, daß der Lohn gerade so bemessen ist, daß der bett. Arbeiter nicht vor Hunger von der Leiter fällt. So wie es dieser Gruppe geht, geht es auch denjenigen, die in Erdlöchern den ganzen Tag ihre Arbeit verrichten müssen, um die Verbindungen der einzelnen Kabel herzustellen. Ein Ju-
häuser, dem man erklärt, daß für diese Arbeit, die von überaus großer Verantwortung getragen ist und mit peinlicher Genauigkeit ausgeführt werden muß, 90 Pf. Stundenlohn neben 10 Proz. Zuschlag und Frauen- und Kindergeld gezahlt wird, schüttelt mit dem Kopf. Wieviel Gelder werden für alle möglichen und unmöglichen Sachen von Seiten der Stadt ausgegeben, aber für diese Arbeiten kein Pfennig. Wenn man bedenkt, daß gerade das Arbeiten in den feuchten Löchern einen überaus großen Verschleiß an Schuhen und Arbeitskleidern hat, und dazu immer die Gefahr besteht, daß die Betriebsenden über kurz oder lang von rheumatischen Leiden geplagt werden, muß schon eine höhere Bezahlung gefordert werden. Hier tut es dringend not, für die am Hungertuch nageenden Proleten etwas zu tun. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiter respektlos zur gewerkschaftlichen Organisation stehen und diese zwingen, den Kampf mit ihnen gegen die Ausbeuter zu führen.

Der Vorstand des Allgemeinen Sächs. Siedlerverbandes (SPD) und die Siedler

In Leubnitz-Neuostra ist eine Holzhäusiedlung ähnlich der von Prohlis entstanden. Der Rat zu Dresden, Tiefbauamt, hat dieser Siedlung wenig Entgegenkommen gezeigt. Es hat es nicht für nötig gehalten, mit dem Bau der Häuser gleichzeitig den Schlossendau im Angriff zu nehmen. Dadurch ist es so weit gekommen, daß die Wohnungen Anfang Juli bezogen wurden, ohne daß Schleusenanlau und Beleuchtung vorhanden waren, weil die Siedler nicht Rente in der Altwohnung und Bauzinsen zu gleicher Zeit zahlen wollten. Das Betriebsamt hatte beziehen für Verbesserungen der Wasserverhältnisse gesorgt und auch Gas gelegt. Was dem Betriebsamt möglich ist, muß auch das Tiefbauamt können. Nun hat eine Ortsgruppe des Siedlerverbandes unter dem Vorst. des Genossen Zinke einstimmig beschlossen, solange Mietzahlungen zu verweigern, bis sämtliche Anschlüsse und Straßen fertig sind. Das Baupolizeiamt hat die Baupolizeiliche Genehmigung bis heute noch nicht erteilt und die Siedler mit Strafe belegt, weil sie vorzeitig eingezogen sind. Unter solchen Umständen ist es unverständlich, daß der Vorstand des Siedlerverbandes dieses Vorgehen bekämpft. Es ist ihm sehr unangenehm, daß die eine Ortsgruppe konsequent ist und vom Siedlerverband Vertretung der Siedlerinteressen fordert. Er will nicht in Konflikt mit der Stadt kommen. Es ist Tatsache, daß der Siedlerverband und auch die Baugenossenschaften alle Forderungen der Stadt erfüllen, daß sie sogar Straßen bauen, wenn es die Stadt verlangt, nur um Bauanträge zu erhalten. Der Siedlerverband befürchtet durch eine Mietverweigerung, daß, wie er schreibt, „sein Schild beschmutzt“ wird, und droht bei Nichterfüllung des Mietzahls mit Maßnahmen, wahrscheinlich mit Auschluß. Es ist dem Siedlerverband sehr

Heimarbeiterinnenelend

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Elend der Heimarbeiterinnen ist eines der traurigsten Kapitel kapitalistischer Wirtschaft, besonders in Sachsen, wo in den Dörfern des Erzgebirges und der Lausitz Frauen und Kinder in den engen, dumpfen Hütten oft bis spät in die Nacht hinein bei lumpigen Pfennigen für den profitüngigen Unternehmer schwitzen und frohnen müssen. Besonders bekannt ist die Blumenindustrie, die wiederum ihren größten Ausbreitungsbezirk in Oelschnau, in Sebnitz und durch die Kunstdrumenindustrie auch in Dresden hat. Zu Tausenden liegen sich die Beispiele an, um nachzuweisen, wie erbärmlich sich der Lohn der Heimarbeiterinnen gestaltet. Aus ihrer Not schlagen die Kapitalisten ihre größten Profite. Nicht nur, daß ihnen die billigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, sie ersparen auch sogenannte „unproduktive Ausgaben“ für Arbeitsraum, Licht, Heizung und soziale Beiträge. Auf Grund der niedrigen Löhne wird gerade die Kunstdrumenindustrie in Sachsen zu einem guten Geschäft für die Unternehmer. Heute soll dafür wieder einmal ein Beispiel gebracht werden, wie seitens der Unternehmer die Not der Arbeiterinnen durch die Heimindustrie in unverschämtester Weise ausgenutzt wird. Mit der Kunstdrumenindustrie eng verbunden steht die Schmuckfederindustrie, die in der Hauptstadt Modemärkte liefert. Sie suchte vor einiger Zeit hier in Dresden die Firma Himböhl, Pohlstraße 15 (der jetzige Inhaber heißt Schumann) durch Zeitungsinserate einige Heimarbeiterinnen. Die Firma gab an, einen größeren Posten nach dem Ausland fertigstellen zu müssen. Da die Arbeit drängte und nur eine kurze Fieserzeit vereinbart war, sollten die Federn, die als Kopfschmuck auf irgendeinem historischen Fest in Amerika zur Verwendung kommen sollten, schnellstens geliefert werden. Eine Heimarbeiterin, die seit 20 Jahren in dieser Branche tätig ist, meldete sich zur Arbeit. Sie bekam 20 Pf. pro Stück ausgehändigt, und es wurde ihr gesagt, daß sie 20 Pf. pro Stück erhalten sollte. Was aber mußte sie erleben? Zunächst einmal war sie nicht in der Lage, trotzdem sie als perfekte Arbeiterin Tag und Nacht mit der Arbeit beschäftigt war, auch nur einen Teil der Arbeit bis zum festgesetzten Termin abzuliefern, und als sie die ersten 80 Stück in den Betrieb zurückbrachte, erhielt sie nicht, wie versprochen, 20 Pf., sondern sage und schreibe 3½ Pf. pro Stück. Insgesamt waren das 304 Pf. Dabei ist aber zu beachten, daß die Firma nicht daran denkt, zweimal einen halben Tag Zeitverlust zu erleben, sich auch nicht dazu bequemt, wenigstens das Fahrgeld zu erlegen. Die lämmeliche Bezahlung deckt kaum die Ausgaben für Gaslicht und Straßenbahn. Hinzu kommt noch, daß die Frauen Stundenlang warten müssen, bis sich die Diretrice der noblen Firma bequemt, die Arbeiterinnen abzutragen.

Das ist wiederum ein Beispiel, wie die Unternehmer das soziale Elend inbare Münze umzuwerten verstehen. Was

Die Gegner der Sozialisierung des Gesundheits- und Heilwesens

Was wird geschrieben: Wie auf allen Gebieten, so hat sich auch auf dem Gebiete des Gesundheits- und Heilwesens im letzten Jahrhundert eine vollständige Umwälzung vollzogen. Dieselbe ist in den veränderten Produktionsverhältnissen begründet.

Die bäuerliche und handwerksmäßige Produktionsweise hat immer mehr dem Großbetriebe weichen müssen. Die Großindustrie hat die Menschen losgelöst von der Abhängigkeit der Natur und sie in gewaltigen Industrienzonen und Großstädten zusammengezogen. Durch das dichte Zusammenwohnen wurde die Entwicklung der Massenkrankheiten, wie Pocken, Cholera, Typhus, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Abtreibungsfeuer und chronisches Siechum, begünstigt. In den Großstädten wohnen Tausende von Menschen, die, wenn sie Krank geworden sind, keine Pflege haben, sondern auf öffentliche Krankenhäuser angewiesen sind. Die Proletarisierung großer Menschenmassen verlangt gebieterisch eine öffentliche Fürsorge für dieselben. Endlich hat auch der Kapitalismus zu einer unerhörten Ausbeutung der armen Menschen geführt. Der Medizinschwund von Seiten des Heilmittelkapitals approbiert und nicht-approbiert Heilkunstler ist üppig ins Kraut gesunken.

Aber die Verhältnisse sind nicht mehr so einfach und durchsichtig, wie zur Zeit des herrschenden Kleinbetriebes, sondern vielfach verschlungen und verzweigt. Da bedarf es eingehender, allseitiger Untersuchungen, statistischer Ausnahmen, jüngsterer Beratung zahlreicher Sachverständiger und planmäßiger Reglementierung. Eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Gesetzesgebung auch auf dem Gebiete des Gesundheits- und Heilwesens war notwendig geworden. So schuf man das Impfgesetz, Seuchengesetz, die Reichsversicherungsordnung, Gesetze für Wohlfahrtspflege und auch das Geschlechtskrankheitengebot. Gesetze fallen nicht vom Himmel, sondern machen aus den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen heraus.

Es entwideten sich ungeheure medizinische Großbetriebe. Alle die Organisationen der sozialen Versicherung (Kranken-, Unfall- und Invaliditätsfonds, Einrichtungen für Wohlfahrtspflege usw.) stellen medizinische Großbetriebe dar. Dieselben bedingen die Anstellung des Heipersonals. Damit soll eine planmäßige Betreuung und Behandlung der Versicherten ermöglicht werden. Dazu kommt, daß eine ungeheure Ausbeutung der Kranken durch das private Heilmittel-Platz geprägt hat. Heilmittelkonsortien, Kliniken von Heilmittelfabrikanten, Arzte, Heilkundige usw. leben ja von der Krankheit ihres Mitmenschen. Das ist ihr Erwerb. Man kann deshalb von ihnen nicht verlangen, daß sie ein besonderes Interesse für die Volksgesundheit haben. Sie würden doch damit den Ärzt abhängen, auf dem sie führen. In unserer Zeit des Geldraffens brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn auch Arzte und Heilkundige davon ergriffen sind.

Die Ausbeutung des Kranken ist darum ins Grenzenlose gestiegen.

Dem kann nur dadurch abgeholfen werden, daß alle Institutionen, die im Dienste des Heilwesens stehen, wie Heilquellen, Bäder, Sanatorien, Heilanstanle, Heilmittelfabrikaten, Apotheken usw. in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Dies bedingt über eine Verbeamung des Heipersonals,

Die Heilmittelfabrikanten, Apotheker, Arzte und Heilkundige sind natürlich in ihrer Mehrzahl Gegner der Sozialisierung des Gesundheits- und Heilwesens. Sie wollen „freie Gewerbetreibende“ bleiben und sich in ihrem Einkommen nicht beschränken lassen. So lebt sich Arzte und Heilkundige ver-

unangenehm, daß ein Kommunist die sozialdemokratischen Illusionen bekämpft. Wie kann ein sozialdemokratischer Siedlerverband Siedler, die unter solchen schwierigen Verhältnissen erst viel später eingesetzt sind, eine doppelte Bezahlung zuzulassen, nämlich 10 Pf. und Neuobnung? Stattdessen daß der Siedlerverband das Fazit daraus zieht, daß ein derartiges Anstreben falsch ist, verlangt er von seinen Mitgliedern prompte Ausklärung der Forderungen der Stadt. So sieht praktische sozialdemokratische Siedlerpolitik aus!

lümmt sie das Elend der Arbeiterinnen? Die Heimarbeiterinnen aber sollten daraus die Lektion ziehen! Forderung Bezahlung der Heimarbeiter nach dem durch den Fabrikarbeiterverband abgestimmten sozialen Lohnzettel. Wehrt euch gegen den Zeitung! Organisiert euch! Geht an den Kapitalisten nicht, wenn die schlechte Bezahlung Abgangsgewinne einzuhemen und auf eure Kosten ein Schlemmerdasein zu führen.

Etwas über die Ausbeutung der städtischen Arbeiter

Bei dem bissigen elektrischen Werke wird in der letzten Zeit häufig Sonntags und in den Nachmittagen gearbeitet, so daß den einzelnen Monaten und Arbeitern zugemessen wird, eine verhältnismäßig hohe Anzahl Stunden in der Woche zu leisten. Die Direktion glaubt nun durch teilweise Abseilen der Uebertunden den Verhältnissen Rechnung zu tragen, wobei den heit. Arbeitern wohl die Anzahl der nötigen Ruhestunden gewährleistet wird, aber, iron der tarifmäßigen Bezahlung von 50 Proz. des Tariflohnes, nicht die entsprechende Entschädigung für den fast doppelten Aufwand und der übermäßigen Anstrengung geahlt wird. Die Direktion, die auf Grund der Bilanz, die sie dem Verwaltungsrat vorgelegt hat, wohl in der Lage ist, 2275 616 M. an die Stadthauptkasse als Ueberhahn abzuliefern, ist den berechtigten Forderungen der Arbeiter, diese Art Arbeiten besser zu bezahlen, in keiner Weise entgegengekommen. In einer Sitzung haben der Vertriebsrat, sowie der Vertreter der Gewerkschaft darauf hingewiesen, daß wenn einzelne Leute in einem halben Jahr an 15–16 Sonntagen und noch öfter die Nacht zu Arbeiten herangezogen werden, es kein normales Bettiehverhältnis ist und deshalb auch eine außergewöhnliche Bezahlung in Frage kommen muß. Die Direktion aber hält ihre Taschen zugeknöpft, naß und brutal stellt sie die Frage ab auf die Macht, die sie den Arbeitern gegenüber hat. Aber bereits sind jetzt schon unter den Arbeitern Stimmen laut, diesen Ausbeutungsmethoden die Spalte zu bieten, höchstens ist die Zeit nicht mehr fern, wo dieses wahr gemacht wird. Den städtischen Körperschaften raten wir, sich einmal mit um die Bezahlung der städtischen Arbeiterschaft zu kümmern, die auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage bald den Schritt gehen wird, den die mitteldeutschen Bergarbeiter gegangen sind. Den städtischen Arbeitern aber sagen wir: Niemals wird euch die Gunst der Direktion eine Verbesserung eurer Lebensbedingungen bringen, wenn ihr sie euch nicht erkämpft! Der Angriff ist die beste Verteidigung! Darum vorwärts zum Kampf! Folgt dem Beispiel der mitteldeutschen Bergarbeiter!

kämpfen, so einig sind sie sich in der Bekämpfung der Sozialisierung des Heilwesens. So bekämpfen z. B. die Arzte in fanatischer Weise die Einrichtung von Eigenheimen, Heilstätten, Beratungsstellen usw. von Seiten der Krankenfachleute und die Verbeamung der Arzte. Sie kämpfen gegen das Wohlfahrtsamt an. Das gleiche gilt auch von den Heilstätten. In der Februarrospontex, Rohrmoler, Nadeburg, Jahrgang 12 Nr. 12, schreibt ein Heilstätter: „Hätten unsere Revolutionshelden anno 1918 dießen ganzen Arzt der bestehenden Medizin und Kassengesetz kurz und klein gehauen, sie hätten sich einen unsterblichen Namen erworben.“

Wir fordern untere Genossen auf, gegen diesen Unzug einzugreifen und aufzukämpfen. Wer sich vom proletarischen Standpunkt aus über die Bedingungen und den Sinn der Sozialisierung des Heilwesens unterrichten will, lasse sich vom Verband „Vollgas“ informieren, Dresden-II. Am Schlebus 17, das Blatt „Bürgerliche und sozialistische Medizinpolitik“, oder das Schriftchen: „Die Sozialisierung des Heilwesens“ (Preis 50 Pf.) kommen.

Gegen das „Kurpfuschartum“

Unter dem Vorst. Dr. Heberer wurde am 31. 10. die Ausstellung gegen das Kurpfuschartum im Lichttheater des Neuen Rathauses eröffnet. Das Material der Ausstellung ist zum großen Teil alt und oft überholt, und führt an Worte dadurch ein, daß es infolge seines Alters auf seine Richtigkeit kaum nachprüfen ist. Die Veranstalterin, die „Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschartums“, besteht aus Privatpersonen und Arzten, wie aus der Ansprache hervorgeht, die aus eigenen Interessen die freien Heilweisen bekämpfen und die gesetzliche Befreiung der Kurpfuscharte anstreben. (Der Dresdner Arztenverein beteiligt ausdrücklich, daß er sich nicht an der Ausstellung beteiligt.)

Man kann leider nicht behaupten, daß diese Gesellschaft in der Wahl ihrer Kampfsmittel sehr sachlich ist, wenn man die Ausstellung beobachtet, und die Befürchtung liegt nahe, daß sie die Ausstellung, die einen provozierenden Charakter trägt, eher das Gegen teil von dem, was sie erreichen will, bezweckt, nämlich Kampf gegen die Herrschaft der Krankenfachärzte. Es verlaute, daß die ziemlich große Anhängerzahl der Naturheilweisen (circa 50 000 in Dresden), die einen erheblichen Prozentsatz der Dresdner Bevölkerung darstellen, in der nächsten Woche in mehreren öffentlichen Versammlungen dazu Stellung nehmen werden.

Vielfach ist gerade in Proletarierkreisen durch die im allgemeinen wenig fortgeschrittenen Krankenklassenbehandlung eine Mißstimmung gegen die approbierten Arzte gewachsen, die nicht ganz grundlos ist, und die nicht so einfach durch minderwertige Ausstellungen beseitigt werden kann.

Eine gute Kampfsmethode zur Ausmerzung minderwertiger Elemente aus dem Heilwesen kann allein die erfolgreiche hingehende Arbeit des Arztes an der freien Menschheit ohne Beobachtung des Klassenunterschieds sein! Damit könnte das erschütterte Vertrauen des arbeitenden Volkes zu den Arzten zurückerobern werden! Dies aber ist nicht möglich ohne radikale Veränderung der ökonomischen und sozialen Basis der Gesellschaft überhaupt.

Blutat im Affelt

In einem bissigen Hotel war ein Koch, der durch Späße eines 15jährigen Küchenmädchen aufgebracht worden war, im Jährlin eine Bratengabel nach dem Mädchen, die Spülens derselben drangen der Unglücksdruck tiefe in die Brust. Die Schwerverleger muhte sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Der Koch wurde verhaftet.

Überzähler. Beim Überqueren der Straßenbahnlinie auf der Wilsdruffer Straße wurde ein Mann von einem Wagen der Linie 12 angefahren und mußte verlegt nach der nächsten Polizeiwache gebracht werden.

Rückte Dresden Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresden Kinder treffen ein: aus Schülerdorf am 3. November, 22.45 Uhr; aus Misdrof am 4. November, 22.45 Uhr. Die Angehörigen werden erlaubt, die Kinder zu den folgenden Zeiten auf dem Dresden Hauptbahnhof abzuholen.

Sobald ist Heft 10 des 7. Jahrganges des „Proletarischen Kindes“ erschienen. Aus dem Inhalt seien wir hervor: Jahrzehnte Oktoberrevolution und die Pioniere der Sowjetunion. Kinderdelegationen in Sowjetrussland. Was für einen Platz wollen die Pioniere haben? Die Kinderrepublik der SPD in Seckamp bei Kiel und ihre Lehren für uns.

Nadeburg. (Wessobrunner Lichtbildervortrag) Der Verband für Freidenker und Feuerbestattung e. V. Ortsgruppe Nadeburg, veranstaltet am Sonntag den 6. November einen öffentlichen Lichtbildervortrag mit dem Thomas „Der Mensch vor 100 000 Jahren“. Redner: M. Burkhardt, Siedlerstadt. Beginn 19.30 Uhr. Zur Bedeutung der Untoten werden 20 Pf. Eintritt erhoben. 15 Uhr findet ein Lichtbildervortrag für Kinder statt. Eintritt frei. Allen Mitgliedern sowie der Freidenkerbewegung noch Fernstehenden ist der Besuch dieses Abends nur zu empfehlen.

Meihen. Sonntag den 6. November, vorm. 10 Uhr, findet in der Aula der Neumärktschule die Einteilung der Kinder statt, die Öster. 1928 die Schule verlassen und an der Jugendfeier der Freidenker teilnehmen. Die Eltern der in Frage kommenden Kinder werden erlaubt, die selben auf die Einteilung hinzuwenden, weil Anfang November mit dem Vorbereitungskurs begonnen werden soll.

Hast du schon einen neuen Abonnenten gewonnen?

Rundfunk

Donnerstag den 3. November:

16.30–18 Uhr: Unter musikalischer Nachmittag.

18.05–18.20 Uhr: Aufwertungsrundfunk.

18.20–18.30 Uhr: Scherzundfunk.

18.30–18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Eggeren und C. M. Wissert: Spanisch für Fortgeschritten.

19.–19.30 Uhr: Vortragsserie: „Porzellans“ I. Vortrag. Max Adloff-Pfeiffer-Welken, Generaldirektor der Staatl. Porzellan-Manufaktur: „Erfindung und Technik des europäischen Porzellans.“

19.30–20 Uhr: Vortragsserie: „Geschichte des Romans und der Novelle“ seit Goethe. I. Vortrag. Professor Dr. Georg Witkowski: „Wesen des Romans und der Novelle“

20 Uhr: Weitervorausgabe und Zeitangabe.

20.15 Uhr: Die Niedermanns (Operette).

22.30 Uhr: Junspranger.

23 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Arbeiterpost

Sächsische Spielvereinigung, Bezirk Oberlausitz
Sonntag. Die Spielerbeteiligung ist jetzt wieder eine sehr geringe. Erwartungsgemäß, aber reichlich hoch, mit 12:1, mussten sich die Wandsdorfer von Zittau 1 schlagen lassen. Reichenau 1 gelang in Rumburg 1 eine äußerst spielfreie Elf zu fennen. Die Gäste waren auch dennoch mit 5:0 die erfolgreicher. Neudorf 2-Löbau 2 abgebrochen 4:2. Zittau A.S.-Seifhennersdorf 1:7:2. Zittau 2-Wandsdorf 2:3:0. Reichenau 2-Rumburg 2:2:0. - Jungen d. Zittau 2-Reichenau 2:0:3. Oberoderwitz 1-Löbau 1:5:0. - Schüler. Reichenau 1-Hohendorf 1:1:0.

Montag. VfR Löbau Funktionäre - VfR 2 Löbau 4:5. VfR 1. Jgd.-Ebersdorf 1. Jgd. 1:8.

4. Kreis, 12. Bezirk, Turnspiele (Fussball)

Niederoderwitz 1-Görlitz 2:1:3 (1:2). Görlitz geht in Führung. Niederoderwitz gleicht aus. Mittelfeldspiel. Görlitz kommt wieder ein. Niederoderwitz kommt zu seinem Erfolg mehr. Görlitz aber gibt den letzten Treffer. Schiedsrichter konnte nicht durchreisen.

Niederoderwitz 1-Leipzig 2:1:4 (1:2) abgebrochen. Bis halbzeit schönes Spiel. Leipzig spielt etwas überlegen. Nach Halbzeit musste das Spiel wegen unsportlichen Verhaltens zweier Leipziger Genossen (Gehr, Menzel) abgebrochen werden. Es wäre sehr angebracht, wenn sie im Verein gestraft würden. Schiedsrichter war sehr gut.

Hörnitz-Bethau-Görlitz 2:5:7 (1:4). Hörnitz-Bethau geht in Führung. Görlitz gleicht aus und eröffnet den Torreigen. Nach Halbzeit kommt Hörnitz-Bethau noch 4 Treffer einzahlen. Der Formationsfehler von Hörnitz-Bethau konnte bessere Leistungen zeigen. Der Sportlergeist schlägt. (Wer weiß was noch folgt.)

Niederoderwitz 1. Jugend-Plauen 1. Jugend 4:5 (2:2). Niederoderwitz läuft nach 10 Minuten das erste Tor und führt bis 10 Minuten vor Schluss. Da endlich gelingt Plauen der Ausgleich. Kurz vor Schluss kann Plauen den Siegbringenden Toren eininden. Plauen war Niederoderwitz vorerst überlegen. Der Schiedsrichter von Dresden-Kaditz pfiff großartig.

Hörnitz-Bethau 1-Schöndorf 1:8:1 (4:0). Hörnitz-Bethau liegt überlegen. Schöndorf hätte mehr Erfolg, wenn der Sturm entschlossener wäre. Ruhiges Spiel.

Tabellenstand der Rassbalkrunde 1927 einschließlich der Spiele am 30. und 31. Oktober

1. Klasse

Verein	Spiele	gew.	unents.	verloren	Tore +	Tore -	Punkte
					+ -		+ -
Arbeitung A.							
Görlitz	8	8	—	—	49	26	16
Wandsdorf	8	6	—	2	34	28	12
Reichenau	8	3	1	4	36	33	7
Zittau	7	2	—	5	35	54	4
Oberoderwitz	11	4	1	6	41	58	9
Rumburg	7	—	—	7	14	32	0
Löbau	3	2	—	1	17	10	4
Stollberg	8	—	—	—			8
Leipzig	10	8	1	1	68	35	17
Plauen	8	6	—	2	40	31	12
Bethau	7	3	—	4	16	19	6
Hörnitz	9	4	1	4	37	42	9
Görlitz	8	2	1	5	38	51	5
Wilsdruff	9	2	1	6	37	58	5
Neudorf	5	1	—	4	24	35	9
Wilsdruff	5	1	—	4	24	35	9

Schwerathletik

Am Freitag dem 20. Oktober fand in der Turnhalle, Kröbelbe, der Kampf Helltonia-Sandow statt. Kampfverlauf: Halbwiegengewicht: Steiglich, Erwin (Helltonia), gegen Hoffmann (Sandow), nach überlegenen Kampf Sieglicht, 2 Unentschieden.

resdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 (Ecke Quergasse) u. Kesselsdorfer Straße 21 *

Telephon Nr. 21.034, 29.736 und 13.455

für kurze Zeit! Dresden-Löbau! Riesen-Zirkus Amaran

3 Masten 2 Manege 1 Rennbahn

Morgen

Donnerstag, den 3. November 1927, 20 Uhr

Glanzvolle Eröffnung

auf dem

Sportplatz Saalhausener Straße

Strelzenbahn-Linien 7 und 20, Autobus-Linie A
Fahrradstand im Zirkus

Tickets: Volksbuchh., Kesselsdorfer Straße, Tel.: 17258

Wo ist das beliebteste
Bier- und Speiselokal?

Immer im

Viktoriakeller
Waisenhausstr. 26

Tägl. Künstlerkonzerte
Mittagsgedeck von 90 Pf. an

Puppenwagen

Ausführung und Farben neu
Besichtigung und Anzahlung empfiehlt

O. Walther, Pirna, Schloßstr. 9

Volkshaus Dresden-Ost

Schandauer Str. 73 / Telefon 31725

empfiehlt seine guten Speisen und Getränke

Central-Lichtspiele Meißen

Montag und Donnerstag

Programmwechsel

Beginn täglich 17.30 Uhr
Eintritt bis 21 Uhr

Ernst Busch

Zwickauer Str. 110

Möbel-

geschäft



Täglich bis Sonntag, den 6. Nov.: Doppelprogramm, 12 Akte

Ein Film von Liebe zwischen Menschen und Pferden:

Der schwarze Zyklon
Fieberndes Blut

Sonntag 14.30 Uhr:

Kinder-Vorstellung

Hermann Graubner

Destillation und Likörfabrik

Tel. Nr. 236

Tel. Nr. 236

Liköre / Fruchtsäfte / Harzer Sauerbrunnen



Marschallstraße 31b

Amalienstraße 19

Kesselsdorfer Str. 23

(ab 10. November)

Geldhäftsübergabe.

Einer geehrten Einwohnerchaft von Pirna u. Umg. bringe ich zur Kenntnis, daß ich meinen Gashof zum Unterhalt heutigen Tages an Herrn Max Jausch, Pirna, nachweise übergeben habe. Ich bitte, das mir entgegengebrachte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Gustav Uhlemann und Frau.

Auf obiges bezugnehmend, bitte ich, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine verehrten Gäste auf das Beste zu bewirken.

Hochachtungsvoll
Max Jausch und Frau.

Kluge Eheleute!

Allianit, Ged.-Art. 1. Männer, Frauen
Schäfflinge / Gummiwaren, Spülapparate,
R. Freistien, Dresden-II., Postplatz

ARTIS

das Dresdenner Musikhaus

Größtes Lager nur erstklassiger

Musikapparate

und sämtlicher

Schallplatten

aller führenden Marken

Teilzahlung bis zu 12 Monaten

Ortsgruppen Cöllnig, Gittersee, Burg, Kleinnaundorf, Erwachsene Mitgliederversammlung in der Schule. 20 Uhr. Thema: Der Aufbau der Sowjetunion Sympathisierende und Zeitungslieger werden eingeladen.

Donnerstag den 3. November:
Jeder Stadtteil lädt 10 Ordner in den Brandenburger Hof zur

Sitzung 19.30 Uhr.
Stadtteil 1. Straßenzelle A, B, C. Versammlung im Brandenburger Hof 10.30 Uhr. Bericht vom Bezirksparteitag.

Stadtteil 2. Straßenzelle 1. Versammlung in Stadt Plauen.

Kleine Plauensche Gasse, 19.30 Uhr.

Stadtteil 4. Stadtteilleitungssitzung 19.30 Uhr bei Berger, Freiheitstraße.

Stadtteil 6. Alle Jellen haben sofort im Sekretariat Material abzuholen. Keine Zelle darf fehlen.

Striesen. 16.30 Uhr im Glashüttenhof Arbeiterrinnenversammlung. RBB und Parteigenossen, erscheint selbst und bringt Sympathisierende mit. Wichtige Tagesordnung.

Dresden-Weßen. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof

Leuben.

Strassenzelle Kohlhüt-Döhlchen. Versammlung in Brauns Gasthof 19.30 Uhr. Bericht vom Bezirksparteitag.

Freitag den 4. November:

Pirna. Generalprobe für den 6. November. Alle Mitwirkenden vom KFB, KFB, TSB und KFWD müssen anwenden sein. Ab. Agitprop.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch den 2. November:
Ottmachau. Sofort Agitationsmaterial „10 Jahre Sowjetunion“ im Bureau abholen. Sprechstunden: Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend von 16 bis 20 Uhr.

Gruppe Johannastraße. Gruppenabend bei Trommholds, Geroldstraße 7. 19.30 Uhr. Thema: Warum 7. oder 9. November? Alle Parteigenossen werden aufgefordert, ihre Kinder zu schicken.

Striesen. Gruppenabend findet im Deutschen Fried, Vogler, Ecke Augsburger Straße statt. Thema: Was ist Kommunismus? Anfang 19.30 Uhr. Gäste willkommen!

Freital. Gruppenabend im Jugendheim 19.30 Uhr. Thema: Warum soll sich der Jungkommunist freiwerthaftlich organisieren? Rote Jungfront und Gäste willkommen.

Donnerstag den 3. November:

Groß-Dresden. Agitprop-Truppe. Pünktlich 19 Uhr im Bureau. Bannewil. Alle Genossen stellen sich 18.45 Uhr am Bahnhof zur Sprechchorübung. Alles hat zu erscheinen.

Cöllnigsdorf. Gruppenabend und Sprechchorübung. Alles muss erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund

Östlichau. Jede Gruppe muss sofort die Fragebögen für Monat September und Oktober einholen. Dieselben werden sehr notwendig zu statistischen Aufstellungen gebraucht.

Mittwoch den 2. November:

Striesen. 17.30 Uhr Gruppenabend bei Dörlsch, Wittenberger Ecke Dornblüthstraße. Alle Pioniere müssen erscheinen.

Roter Frontkämpferbund

Achtung! Alle Ortsgruppen, die noch Blätter vom Sachsen-Treff abnehmen haben, müssen es sofort tun, andernfalls erfolgt Mahnung und öffentliche Flug am 10. November in der Zeitung.

Groß-Dresden. Heute abend Material vom Gashaus abholen. Abteilung 2. 3. u. 4. Zug. 19.30 Uhr Kameradschaftsabend im Restaurant Stadt Plauen, Al. Plauensche Gasse, h. Seidel.

Abteilung 3. 20 Uhr Versammlung im Jakobshof. Mitgliedsbücher mitbringen.

Ortsgruppe Kesselsdorf. 20 Uhr Versammlung Unterer Gashof.

Donnerstag den 3. November:

Abteilung 1. Funktionärsversammlung im Bürgergarten.

Abteilung 2. Wichtige Funktionärsfestigung im Brandenburger Hof.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Die Jubelfeier in Leningrad

Von unserem Leningrader Mitarbeiter Andrej Rostowzoff

Leningrader Rotarmist Bilder

Leningrad, 15. Oktober 1927.

Die Session des Zentral-Vollzugskomitees der USSR wird in Leningrad tagen! Die Sowjetregierung kommt in vollem Gange nach Leningrad! Diese Postkarte schwirrt schon seit Wochen durch alle Städte der Welt, war das aktuelle Gesprächsthema in allen Arbeiterveranstaltungen.

Feierliche Eröffnungsfeier in der Stadt Leningrad — ein Prädikat der kommenden Jubiläumstage ist es...

Täglich treffen aus allen Teilen der Riesenunion Mitglieder des Zentral-Vollzugskomitees ein.

Auch die Führer der Opposition nahmen den Weg nach dem roten Leningrad. Passierte es so, daß Sinojew, Trotski und Tschodolowski bei ihrem Eintreffen auf dem Oktoberbahnhof (an einer Stelle, wo sie in früheren Jahren so manchen Jubelklang erlebt) ein Meeting „anzetteln“ wollten. Sie mußten aber „abblieben“. Man ließ die Oppositionsspitzen nicht zu Worte kommen...

Die auf dem Bahnhofsperron zur Begrüßung der eintreffenden Komiteemitglieder verharrten Arbeiter hielten für die Opposition nur — sichtige Klisse. Der robuste Tschodolowski, einst Liebling der Leningrader Arbeiterschaft, wird fuchswild; seine Hände gehen zu wanken und er entgleitet ein paar harte Schimpfwörter an die Adresse des „Fieseler“.

Überall — rotes Fahnenfuch. Der Oktoberbahnhof im Festzelt. Wechselfahnen in den lebhaften Hauptbahnen der USSR dort auf den Postamenten, die das „lobige“ Alexander-Denkmal umstehen, dieses „Memorialstadt“ der Außenwirtschaft.

Ein Uniform — dieses Denkmal, seinerzeit vom berühmten Paolo Troubeszko gezeichnet und in zaristischer Zeit aufgestellt. Die plumpen Kälber sind die Kneuzenarten mit dem brennenden Bild eines Säufers und Sündenbrennen ist nicht abgerissen worden, sondern der Nachwelt erhalten. Die frühere, den „Ziedenszaren“ verherrlichende Aufschrift ist verwischt und durch ein eingemeißeltes Spottgedicht des berühmten Proletaridichters Maxim Gorki ersetzt. („Mein Sohn und auch mein Vater — für beide hielt es schon bei Bevölkerung — dem Tode lebt ihr geweiht... Nur einmal wurde ich — das Los unterlicher Ruhmlosigkeit. — Ich paradiesiere hier — als ehrne „Vogelblümchen“ für jenes Volk, das könnte abschütteln für ewige Zeiten — das drückende Joch der Selbstherrscher aller Reichen.“)

Bereits in früher Morgenstunde marschierten Arbeiterkolonnen auf, mit leuchtenden Fahnen und fliegendem Spiel. Auf dem Perron ist die Ehrenwache aufgestellt — Rotarmisten, Kriegsälpler, rote „Blaujaden“ des Kreuzers „Aurora“.

Sobald in den Lüften freien Flugzeuge. Eine morgende Menschenmasse hat sich vor dem Bahnhofsgebäude angegossen.

Kreischend und pulsend hält der Sonderzug unter dem Glasdach der Bahnhofshalle. Brausende Hurraufzüge. Die Wellen der Begeisterung gehen hoch, als dem Zug die bekannten Figuren Kalinins, Tschalossoffs und Worochniloffs entgegen. Sie schreiten unter den Klängen der „Internationale“ die Ehrenwache ab.

Rapport der Kommandierenden des Leningrader Militärbezirks und der Baltischen Flotte. Prächtige militärische Meldung und zugleich ein herzliches „Willkommen“ an die Regierung proletarischer Diktatur...

Im HU sind die Genossen Kalinits, Tschalosoff und Worochniloff von der jubelnden Menge umringt. Sie werden unter stürmischen Ovationen zu den Autos getragen.

Die mäussige Figur des Kriegskommissars wird ins Auto „abgeladen“, aber zwei Männer — Kalinin und Tschalosoff — sind entschlüpft und machen Anstalten, den Weg zu Fuß fortzuführen. Am in Arm marschierten sie weiter.

Der „ostrussische Starosta“ (Dorfchlaus), wie der Vollzugschef den Genossen Kalinin nennt, blinzelt freundlich mit seinem „bebissenen“ Auge zu einem elektrischen Wagen hinüber, der,

ausgezeichnet mit Arbeitern, lohnen heranläuft. In den Augen Augen des freundlichen „Auerchens“ scheint der Gedanke zu leuchten: „Sollte ich nicht in die Elektrizität einsteigen?“

Wie fliegendes Spiel zieht die Ehrenwache ab. Stramme Rotarmisten, Kriegsälpler, Blaujaden von der „Aurora“ in ihren idomaten Uniformen — ein leuchtendes Karnevalsleben im bunten Strengengewölbe, dort, wo mächtig die Pulsader der schönsten Stadt der USSR schlägt...

Eröffnung der Jubiläums-Session

Das einzige Palais des glänzenden Fürsten von Taurien. In diesen Räumen hat eine liebliche Tatrin ihre Liebeswut gestillt.

Hier stand vor 113 Jahren die Wiege der „Mißgeburt“ eines bürgerlichen Parlaments, die kaum geboren, den Todesschlag in ihr tragend, wie eine Eintragsfliege in den Staub hineinmußte. Heute versammelten sich in diesen Räumen die demokratischen Vertreter von 169 Volksräten.

Die freien Völker der launischen Berge, die Nomaden der urralen Steppen, primitive Rennzüchter, Jäger u. Fischer vom Polarkreis, Bewohner der „Taiga“ (Urwald), der üblichen, moosüberwucherten „Tundra“, Siedler der endlosen sibirischen Wasserstraßen, das Volkerreich der Wolga, „Sonnenländer“ der paradiesischen Krim, alle diese Millionen Menschen, welche endlose Steppen und dichte Urwälder bewohnen, zu ihnen ist der Freiheitszauber der Oktober-Revolution gedrungen.

Die Tataren, einst fanatische Moslemiten, waren die ersten, die die rote Fahne von der Wolga bis nach Buchara, bis an die persische Grenze trugen.

Innen folgten Baskiten und Kirgisen, welche Jahrhundertlang als Grautote das Jarenjoch getragen hatten und später noch die hinteren Jahre sonnenrevolutionäre Wirren, die Blutdürblichkeit plündernder und mordender „Exzellenzen“ und Banditenhäuptlinge durchstoßen mußten...

Zu einem neuen Leben unter dem Zeichen des fünfzackigen roten Sternes erwachten die nomadisierenden Kalmücken des endlosen Steppengebiets, die zu zaristischen Zeiten im Aussterben begriffen rückständigen „heidnischen“ (von hotopofulierten Popen mit Weißwasser „gewaschenen“) Tschuwašen, Wotjaken, die sibirischen Tatuten, Burjaten, die mongolischen Hirtenvölker — sie fühlen sich heute eng und brüderlich vereint. Für sie gibt es einen ständigen Kulturaustausch. Es sind das nicht mehr ausgeraubte, elende Steuerzahler zaristischer Raubwirtschaft, sondern freie, gleich-



Antow,
Vorsitzender des Rates
der Volkskommission.



Kalinin,
Vorsteher des Executive
Comittee des All-Russian
Committee.

berechtigte Bürger einer Riesenunion, die ein Sechstel des Erd- ballens umspannt.

Diese 169 Volksräte — einst nur Geächtete, Ausgestoßene, „Miß“ — sind heute in jener Volksversammlung vertreten, die die Geschichte der ersten und größten Union arbeits- und lebensfreudiger Menschenmassen feiert.

Keine einengenden Schranken von Stand, Rang und Titel. Gleiche und innige Brüderlichkeit schwungt hier das Zepter.

Unser talentvoller Diplomat Ratačan, der so manches Mal Sir Austin Chamberlain aufs Hünerauge getreten ist, in seiner nächsten Nähe ein dantelängiges Tschuwašenmädchen mit geröteten Wangen. Die leuchtenden Augen mustern die mehrtausendköpfige Menschenmenge im Sitzungssaale. Dieses Mädel wird später vom Rednerpult zündende Röte, zuerst in der Muttersprache und dann in gebrochenem Russisch, in den Saal schicken: „Oktobterrevolution Tschuwašenmädchen und Frauen Freiheit geben... wie jetzt in großer Versammlung sein können und dank sprechen... im Tschuwašenland wir jetzt arbeiten kann... wir kein „Arbeitsvieh“ mehr sein, aber freie Mensch“.

Budden — unser famoser Reitergeneral — erscheint, vier Orden der roten Fahne aus der breiten Brust. Ein legendärer Volksheld vom silben Ton, dieser furchtlose Draufgänger, der im Volksleben sehr beliebt wird. Viel „Kloppe“ hat dieser proletarische Schlachtenfürst an verschiedene wehrhafte Exzellenzen (welche die Bänke der Kriegsschulen und Akademien drücken konnten) ausgeteilt.

Der ewig junge Felix Kon. Jahrzehntelang hat er fliegende Ketten und zaristische Straßlingsuniform getragen, schon zu einer Zeit, wo viele der heutigen Exzellenzmitglieder noch in den Windeln lagen. Heute sieht Papa Kon in lärmuster Militäruniform.

Der „Mattse“ Tschubko, der einzige Reservefähnrich Kraslenko — Anno 1917 — wurden diese Führer der Oktoberrevolution in der bürgerlichen Presse als verräter verschrien und in den Schmutz gesetzt. Eine ganze Porträtgalerie der Oktobeführer ist heute anwesend. Die alte bolschewistische Garde ist in corpore erschienen.

In den Logen — eine andere Welt — das diplomatische Corps, fein und glatt gebügelte, distinguierte Gentlemen-Das „Jugend-Euge Europas“. Es gilt, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und vermittelst eines kleinen „Kiechorgans“ festzuhalten, welche „Hünste“ heuer dem bolschewistischen Hexenkessel entstiegen...

Nicht endenwollende Ovationen begleiten das Erscheinen Kalinins und Tschalossoffs.

Kalinin eröffnet die Sessions-Sitzung um 6 Uhr 45 Minuten. Sein erstes Wort gilt Leningrad. Er unterstreicht, daß die Eröffnung der Session in Leningrad — an der Schwelle des zehnten Jahrestages der Oktober-Revolution — nicht einem Zusatz zuzuschreiben ist.

Leningrad ist die Wiege der R.P. und auch der K.P. In Leningrad wurden sie groß, die weltbekannten Führer der Revolution — ein Plechanoff, in den 90er Jahren Lenin.

In Leningrad erklang zum ersten Male das Lösungswort:

Alle Macht den Räten!

Die letzten zehn Jahre waren eine Glanzperiode proletarischen Heldenmutes. Die Sowjetregierung hält sich verpflichtet, um Vorbehör der Jubiläumsfeier vor der Leningrader Arbeiterschaft zu erscheinen und sie im Namen der gesamten Union zu begrüßen.

Mit elementarer Kraft entfaltet sich ein wahter Beifallssturm.

Heute durchlebt unsere Union eine exklusive Kraftanstrengung beim Aufbau des Wirtschaftslebens. Untere inneren Kräfte und materiellen Möglichkeiten stärken unsere Überzeugung, daß unser Aufbau einerlei Hemmnisse im Innern des Landes zu befürchten hat. Sichtbare Momente können nur von „außen“ kommen.

In der 4. Duma bildete sich dann der „Progressisten-Block“.

Die machtlustigen „Oktobristen“, die Kadetten und mit ihnen im Bunde der Bolschewiken, hatten einen Plan ausgedacht, wie die Guisebauer ihr Erbland schützen könnten und wie man die äußerst kompromittierte Selbstherrschaft mit dem Feigendatt des Konstitutionismus drapieren könnte.

Mit Beginn des Weltkrieges gab es im Taurischen Palais unter Führung des schwerleibigen Guisebisters Rodschan (monumentale Figur, Stimme zum Kindstreichselnen, Spitznamen „politischer Trommel“) ein nicht endenwollendes Hurraebrüll zu Ehren des Zarischen Zaren. Die vereinzelten Zwischenfälle der „Zimmerwaldbuden“, die in geringer Anzahl, in den 3., 4. Duma, auf der äußersten Linien ihre bescheidenen Ziele aufgeschlagen hatten, wurden einfach niedergeschüttelt.

Aber im Lande reiste schon die Revolution. In den Laufgräben, dort an der Front lämmte sie auf, die Empörung gegen den blutigen Zaren und den menschenmordenden Krieg. Im damaligen Petrograd stürmten hungrige Frauen die Bäckereien mit dem Ruf: „Gebt uns unsere Männer, unsere Männer wieder — gebt uns Brot!“

Die Wogen der Revolution gingen hoch. Die zaristischen Minister kamen nicht mehr in Staatskarossen und Prachtautos in das Taurische Palais gefahren, um im „Ministerpavillon“ Sieja zu halten... die empörte Volksmenge drückte die Prachtstufen zu zerstören. Zarotherrlichkeit — auf einfachen Postautos ins Palais und sperrte sie dort ein.

Miljukoff, der Kadettenhäupeling mit seiner Professorenweise, der diabolische, um seinen schönen Gütekomplex betörende Rodschan, und sonstige Höflinge und Servitisten wollten die „historische Macht“ retten, an sich reißen. Aber das Lied war aus... Von der Front aus blutgetränkte Laufgräben, aus den Fabrikstiefeln wälzte sich die Welle, mit elementarer Kraft niederkämpfend, was im Wege stand.

April 1917. Lenin verließ im Taurischen Palais seine befreimten Thejen, proklamiert die Richtlinien der kommenden Oktoberrevolution.

Im Taurischen Palais wird es immer stiller. „Smolna“, das einstige Institut für Adelsfräuleins, wird Mittelpunkt der ankommenden Revolution. Dort bildet der Soldaten- und Arbeiterrat den Willen der Arbeiterschaft.

Am 18. Januar 1918 wird es auf einen Tag im Taurischen lebendig.

Die „Konstituierende Versammlung“ tritt zusammen. Ein Wettturnier beginnt. Wie Wasser fließen die Worte aus dem Munde des „Ketzer“. Die „hohe Versammlung“ ist aber nur eine Einstagsfliege... Sie wird geschlossen. Eine neue Ära steht heraus. Es leuchtet der fünfzige Sonnenaufgang.

Ein Donnerball zieht durch das Land: Es lebe die Arbeiter- und Bauernrepublik!

In diesem historischen Palais liegt heute die Session des

10 Jahre Sovjetrußland

Revolutionäre Feiern

Reichenberg: 4. November, Gaithof Reichenberg, 19.30 Uhr

Bauhaus: 4. November, Bürgergarten, 19.30 Uhr

Großdruckau: 5. November, Bernhard-Gaithof, 19.30 Uhr

Döberitz: 5. November, Bürgergarten, 19.30 Uhr

Referent: Landtagsgesetzter Siegel.

Aurich: 5. November, Gaithof Aurich, 19.30 Uhr

Berlitz: 5. November, Bahnrestaurante, 19.30 Uhr

Ottendorf-Okrilla: 5. Nov., Gaithof Hirsch, 19.30 Uhr

Dresden: 6. November, Zielus Sarasan, 9.30 Uhr

Borna: 6. November, Volkshaus, 19.30 Uhr

Döhrn: 6. November, Mühlberg, 19.30 Uhr

Großröhrsdorf: 7. Nov., Gaithaus zum Adler, 19.30 Uhr

Freiberg: 7. November, Schwarzes Roß, 19.30 Uhr

Kreis: 7. November, Goldener Löwe, 19.30 Uhr

Neustadt-Ost u. West: 8. Nov., Reichsbanner, 19.30 Uhr

Leuben-Niederndorf: 11. November, Gaithof Leuben

Bannewitz: 12. November, Gaithof Bannewitz, 19.30 Uhr.

Referent: Genosse Welcher, Dresden.



Peter-Pauls-Zeitung, die zaristische Zwingburg.
Beobachtungsturm der Gejagtenkathedrale.

Ein historisches Palais

Das Taurische Palais (heute Urtski-Palais), im Jahre 1783 auf Befehl der „Großen Katharina“ für ihren Liebling, den Zaren Potemkin, erbaut, ist ein wahres Schätzlein historischer Reminiszenzen, ein großes Stück russischer Geschichte ist dort begraben.

Hier wohnte die „liebestolle“ Katharina Vergessen in den Armen des von ihr gesuchten Liebhabers, wenn Regierungsgelände und die Intrigen der Hoffmanns der hohen Frau zu viel Vergnügen gebracht hatten. In diesem launigen Winkel, voll sinnlicher Pracht, konnten sich die flammanden Gefühle eines temperamentvollen Weibes ungehört austoben.

Im Taurischen Palais veranstaltete der „prächtige Fürst von Taurien“ zu Ehren seiner Herrin und Geliebten glanzvolle Feste, auf welchen französischer Absolutismus (Friedensfest) gepaart mit echter zaristischer Knastenallüre und internationaler Edelmäßigkeit das Zepter schwangen.

Doch dann kam eine Zeit, wo sogar der zarentreue Gutfuß „rabiat“ wurde, weil die zaristischen Minister zu frech geworden waren.

Alexander I. ließ das Palais wieder „auffrischen“ und als Wohnquartier für allerhöchste ausländische Herrschaften einzichten. 1817 wohnte im Palais der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. Nach dem Tode Alexanders I. gab es im Taurischen Palais wieder „Totengeruch“. Die Bildergalerie und sonstige Kunstgegenstände verschwanden, und das Palais geriet auf lange Zeit in Vergessenheit.

Erst als sich die russische Regierung im Jahre 1905 nach einem entsprechenden Gebäude für die Reichsduma umsehen mußte, fiel die Wahl auf das Taurische Palais.

Am 27. April 1906 trat die erste Reichsduma, die „Duma des Volkszornes“, zusammen. Die Kadettenpartei hatte das Wort. Die niedergewürzte Revolution von 1905 weiterlebte noch, und die „Herren Volksvertreter“ verloren laut zu reden. Nach 73 Tagen wurde die Duma „Jugendstil“. Die „Opposition Cr. Majestät“ (die majestätsstreuen Kadettenführer) war dem Fürscher aller Reichen zu läufig geworden, die maulsprechende „Trubowitz“ (Arbeitspartei) und Sozialdemokraten machten der Hoffmannskaia Sorgen. Und da hieß es denn: Schluss machen mit den „Reichszügen“!

Das Leningrader Proletariat war, ist und bleibt der treueste Wachtposten an einer der wichtigsten Einmarschstraßen, die in die USSR führen.

Der Stadt Lenin — der Wiege der Sowjetmacht und kommunistischen Revolution — ist, der Vorkämpferin gegen den Faschismus, ihr, dem ersten Kettenglied der proletarischen Revolution, Schäpferin der „Roten Garde“, der Brudergruß der Sowjetregierung!

Die zündenden Klänge der „Internationale“ brausen durch den Saal.

Im Hintergrund des Präsidiumstisches, von Palmen umrahmt, die Würfe Lenins auf einem Granitblock. Daneben ein Fichtenwald, aus welchem sich die historische Fahne des Kreuzes „Aurora“ hervorhebt.

Die Prachtgestalten der Ehrenwache — weitergebräunte Rotarmisten und Matrosen — stehen stramm, wie aus Erz gegossen.

„Ja, in meiner Eigenschaft als revolutionärer Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der ersten Räterepublik“, so beginnt Gen. Rostoff seine Rede, „sage es frei und frank, daß wir die Oktoberrevolution, unsere ganze Sowjetunion, als das erste Kettenglied betrachten.“

Unsere Erfahrungen werden dem Weltproletariat in kommenden Kämpfen, beim Aufmarsch zum Welt-Oktobe

als Rotschlägern dienen.

Wir bauen eine neue menschliche Gesellschaft auf. Im Sowjetland sind alle, bis zum letzten Dorfrat an dem Aufbau eines sozialistischen Staates beteiligt. Alle Völkerstaaten sind gleichberechtigt. Hier sind Vertreter aller dieser Völker anwesend. Hier leben wir Genossen, die am Werktheile tätig sind, Genossen, die mit dem Pflege durchen gleichen.

Sie muss das im Auslande verbreitete Lügengerücht widerlegen, daß die Diktatur der Arbeiterschaft gegen die Demokratie gerichtet ist.

In der USSR haben jede 16 Wähler einen Vertreter im Regierungsapparat. Dieser Regierungsapparat zählt 1.539.458 Arbeiter und Bauern, das ist die Regierungsmacht (1.348.000 Mitglieder der Partei, 53.000 Mitglieder der Wolo und Rayon-Rate, 120.000 Mitglieder der Städterate, 10.800 Mitglieder der Kreisräte).

Die Gouvernements-, Gebiets- u. Zentralkomitee der autonomen Republiken zählen 3500 Mitglieder. In drei Zentral-Gebieten Transbaikalien und 450 Genossen tätig, in sechs Zentral-Exekutiven der verschiedenen Republiken 2057, und im Zentral-Vollzugskomitee der Union 847 Genossen.

Ju Beginn des zweiten Jahrzehnts der Sowjetmacht erkennen wir mit aller Bestimmtheit, daß wir im Rahmen unserer internationalen Politik in prinzipiellen Fragen auch nicht im geringsten nachgeben werden, auch nicht um Fingerbreit lassen wir uns die Errungenheiten der Oktoberrevolution nehmen. Unsere internationale Lage ist im Laufe von 10 Jahren beständig erfreut, daß uns die imperialistischen Staaten heute nicht mehr ihre Bedingungen diktieren können.

Unsere innere Lage ist gefährdet. Wenn 1920 die Gesamtproduktion unserer Wirtschaft 44 Prozent der Vorkriegszeit ausmachte, so wessen die heutigen Kontrolläffären unserer Wirtschaftswelt darauf hin, daß die Produktionsziffer schon im Jahre 1928 bis 119 Prozent hochgehen wird.

Die Rede des Genossen Rostoff dauert 2½ Stunden.

Der Löwenanteil an den Errungenheiten der USSR geht unbedeutbar Leningrad. In schweren Zeiten, als der Bürgerkrieg tobte, ließ Lenin seinen Ruf erschallen: „Verlaßt eure Fabriken und geht an die Wolga, um Kolchos zu errichten, denn kommt kommt Kolchos nach Peter“ (Leningrad), um euch aus den Fabriken zu vertreiben.“

Die Leningrader Arbeiterschaft folgte dem Rufe Lenins, bezog die Konservenrevolution und feierte dann nach Leningrad zurück, um die hart mitgenommene Proletenfeste neu aufzubauen.

Heute kann der Leningrader Arbeiter den Exekutivomitgliedern die Endresultate getanter Herkulesarbeit präsentieren.

Dann verliest er das „Manifest“, dessen Inhalt, nach den hier vorliegenden Auskunftsmitteilungen zu urteilen, in der gesamten bürgerlichen Presse Heulen und Jähnellsappern hervorgerufen hat. Blühender Arbeitstag in der USSR in Sicht, weitgehendste Arbeits- und Altersversorgung, ein Zeugnis des nunmehr augenscheinlichen Aussieg des ersten Arbeiter- und Bauernrepublik, ein summendes Menetekel für die Weltbourgeoisie!

Die Produktion ist hochgebracht. Viel ist geleistet worden — quantitativ und qualitativ. Seinerzeit ins Stoden geratene Industriezweige blühen auf.

Bei der Industrialisierung der USSR konnte Leningrad die schwere und ehrwürdige Aufgabe — Nationalisierung und Elektrifizierung unserer Wirtschaft — übernehmen und erfolgreich durchführen. Die Erfolge hierbei waren bedeutend. In der Gesamtproduktion der Union gehört Leningrad der Löwenanteil. Ganze Industriezweige sind in der schönen Ruwstadt konzentriert. Der ganze Bedarf der USSR an Maschinen für gewisse Branchen wird durch Leningrad gedeckt. Daher das große Lob, das heute — urbi et orbi — Leningrad der Feinen gespendet wird. Paul erhält dieses Lob, und es ist wohlverdient. Die Vertreter aller Sowjetvölkerräte spendeten dieses Lob im Laufe der 4 Stunden andauernden Begrüßungsreden.

Die Leningrader Arbeiterschaft konstruierte die Sowjetregierung, Leningrad war beim Aufbau auf Ruinen der geschäftstelle Baumeister! ruf der ukrainische Genosse Savonki aus. Genosse Golodod aus Weißrussland nennt die Leningrader Arbeiterschaft den Vortrieb der Revolution — Leningrad brachte dem früheren weissrussischen „Menschenreich“ die langersehnte Freiheit.

Die Frauendlegation — eine Textilarbeiterin aus Iwanowo — Wosnesensk, eine kleinrussische Bäuerin und eine Ussbekin, sie stimmen in das Loblied ein. Die jugendstilige Ussbekin singt mit hellem Stimme, und ihre Augen blitzen auf: „Früher waren wir elende Slawinnen der Chanc, der Was (bucharische Notabeln) und Musas. Dienstleute unserer Männer und Väter. Wer erkämpft für uns die Freiheit? — Leningrad!“

Die Ukrainerin erzählt, was in der Ukraine die Frau unter den „Fusketten“ des Hetman und Denikinregimes zu leiden hatte. „Befreiung brachte der Leningrader Arbeiter und Rotarmist.“ In diesen Chor der Lobgesänge fallen auch andere Worte, leuchtig und stammend, scharf wie Stahl.

Der Kaufsaal Tschogodi, der als Vertreter von sieben autonomen Bergbaustädten spricht, läßt seine Worte wie siebende Tropfen fallen: „30 Jahre haben wir gegen den verfluchten Faschismus gekämpft. Wir kennen den Wert von Menschenblut, das für unsere Freiheit vergossen wurde.“

Die erkämpfte Freiheit werden wir mit unserem Blute verteidigen!“ ruft er aus und greift hierbei nach dem Dolche an seinem silberbeschlagenen Gürtel... (Friedl, Chamberlain!)

Ten Kulminationspunkte erreichen die Begrüßungsreden, als der Rotarmist Genosse Pjatovetski, das Wort erhält. Mit der Rednertribüne scharen sich die Delegationen der Armee und Flotte. Alle Anwesenden stehen von ihren Sitzen auf (Bewegung in der Lage der ausländischen Pressevertreter), die stürmische Ovation will kein Ende nehmen, während der Rotarmist

„Die Arbeiter und Bauern der USSR können in aller Ruhe ihre Arbeit verrichten. Die Rote Armee und Flotte schützen friedliche Arbeit und den sozialistischen Aufbau!“

erging vor 10 Jahren der Ruf der Bolschewiki, den Weltkrieg zu beenden durch den Bürgerkrieg. Unserer russischen Brüder besiegt in heldenhafte Kämpfen ihre Bourgeoisie und rütteten die erste Arbeiterregierung der Welt auf.

heißt die Zeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands zum 10jährigen Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In segelnden Kämpfen, im zarten Biberland gegen die gesamte bürgerliche Welt steht die erste gewaltige rote Festung der Arbeiterschaft.

10 Jahre

umbrandet vom Haß der imperialistischen Räuber und ihrer sozialdemokratischen Helfer, fest verwurzelt in dem Herzen der Arbeitersklasse. Die Zeitschrift der Partei zeigt den Weg der

Sowjetunion

von den Oktobertagen 1917 bis zu ihrem heutigen Aufbau. Auf 32 Seiten, in überzeugenden Bildern sind gezeigt die Vorbereiungen, die zum Umsturz gegeben waren, der Zarismus, die Revolution 1905, die Februarrevolution, die Ergriffenheit der Macht durch die Bolschewiki, der Bürgerkrieg, die Interventionen, die große Aufbauarbeit auf dem Wege zum Sozialismus, die unsere russischen Brüder bereit gezeichnet und mit zähen Willen immer nicht festigen. Ein wertvolles zweijähriges Umstieg umgibt die Zeitschrift der Partei, die zum Preis von 50 Pfennig bei jedem Literaturobmann zu haben ist. Wer muss die Zeitschrift „An Alle“ erwerben, sie zeigt an besten die Größe der Leistung der Sowjetunion von den roten Oktobertagen

1917—1927



Gen. Rostoff,
Vorstand
Volkskommissar für Volksbildung.

Kristallisiertes Menschenblut — ein Meer von Proletenschweiß, der Goldbarren schafft

Die Neujahrs-Times nennt Henry Ford mit seinen 6 Milliarden Mark, den reichen Diana bei Welt, Friede, der Orléans, tonne aus seinen Ruhthäusern zu sein. 3 Milliarden Mark „herauspampen“. Der amerikanische Finanzmann Andrew Mellon und sein Bruder haben nur 900 Millionen Mark! Der Herzog von Westminster (die englische Hochkarottollette) kostet bekanntlich ohne Zulage jährlich 100 Millionen Goldstücke (dunkle Persönlichkeit, ehemaliger Kriegsgefangener) mit 500 Millionen, Baron Mizutani (Dampferlönn, Japan), der Börsenberater Paine (Bolivia) und der belgische Börsenberater Dewensteine je 100 Millionen. Die gesamten Rothschilds — in allen Ländern — sollen nicht mehr als 800 Millionen haben.

Ja der Rangliste der Goldmänner und Ausbeuter steht Morgan mit circa 400 Millionen an leichter Stelle.

Diese Rücksicht Morgan ist mit Absicht geschehen, Henry Ford zu Ehre, der seinem gefährlichen Konkurrenten nur etwas schlechtere Pläne unter der Sonne lassen will.

Es fragt sich, wie viele Menschen haben die Tollerungen ausgeraubt, an den Bettelstaten gebraucht, bis sie die enormen Goldhaufen mit gierigen Händen zusammenhaufen konnten?

Wie viele Millionen Proleten, die für die goldgräzenden „Mächtigen“ der Welt noch heute arbeiten, mußten sich im Arbeiterschweiß bilden, ihr Leben auf Spiel lehnen und so manch Mal dahingehen, damit aus Arbeiterschweiß aus Arbeiterschweiß hervorgehende Goldstädte bilden konnten?

Fürwahr, — ein schwer zu lösendes Rechenelement!

Der Papst liebäugelt mit dem König von Ägypten

Der König von Ägypten — Fuad-Pasha — weiß ebenfalls vor Vergnügen in Rom. Die moselmännische Majestät hat es nicht unterlassen können auch beim Papst vorzuspicken. Seine Heiligkeit verließ dem gentlemen Ägyptenkönig (der in seinem Heimatland den katholischen Missionärsbrüdern „freie Hand“ gewährt) den „Orden des goldenen Sporns“.

Die Sendboten des Statthalters Christi scheinen im Ägypten Land festen Fuß zu fassen (allein in Alexandria gibt es ca. 1000 Katholische Seminare). Es ist aber schwer anzunehmen, daß die Schwarzbüder sich für die Dauer halten können, denn ihre Propaganda ist eine ausgeprägte Zusammenarbeit mit den antikolonialen und Unterdrückungspolitik der „herrlichen“ italienischen Republik des faschistischen Italiens und der imperialistischen Great Britanniens.

Zu allen diesen Ländern hat Fuad — dieser von England ausserorene „Scheinkönig“ vor den Bonzen (dielen gutbehüteten Soldnern und Vertrauensmännern imperialistischer Machthaber), seine Büdinger gemacht, den gehorhamten Diener gepliert.

Die ägyptischen Proleten, die man als armelange Sklaven im Zonne halten will, haben gewiß keine geringen Gefühle mehr für Könige noch für Bonzen und sonstige Parasiten. Die schon verbrannte Faust des ausgebeuteten Flehabs hält sich schon längst gegen imperialistische Nordbuben und ihre Anhänger ... Andreos.

Am kommenden Donnerstag, dem 3. November 1927
morgens 8 Uhr übergeben wir wiederum

drei neue Verteilungsstellen

dem unsern Mitgliedern dienenden Verkehr.
Die Verteilungsstellen befinden sich in unserem
soeben fertiggestellten neuen Betriebsgebäude in

Dresden-Gruna, Hepkestraße 19

Die in der Größe und in den Einrichtungen
den weitestgehenden Ansprüchen genügenden
Verteilungsstellen werden eingegliedert als

Lebensmittelverteilungsstelle Nr. 150

und

Geflügelwarenverteilungsstelle Nr. 5

Die Besichtigung der neuen Verteilungsstellen
ist jedem Mitglied der Genossenschaft gestattet.

Konsumverein

vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

★ 10 Jahre Sowjetunion ★
Gedenkfeier am 6. November vorm. 9.30 Uhr im Circus Garrafani

Gewerkschaftliches Generalversammlung des DGB

Vergangenen Donnerstag fand die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes Dresden mit folgender Tagesordnung statt:

1. Referat von Brandes über die Tagung des IGB-Kongresses und Internationalen Metallarbeiterbundes.
2. Quarzbericht.
3. Verbandsangelegenheiten.

Der Referent Brandes vom Hauptvorstand verbreitete zunächst ganz allgemein über die wichtigen Fragen der wirtschaftlichen und politischen Lage, um dann auf den bekannten Zwischenfall Purcell, Brown, Dubois zu sprechen zu kommen. Dabei bemühte er sich, die Haltung der rechten Amsterdamer zu verteidigen und bestimmte Differenzen und Widderprüche im IGB zu verwischen. Das wichtigste bei seinen Ausführungen aber war seine Stellung zu den russischen Gewerkschaften einerseits und zu den amerikanischen Gewerkschaften andererseits. Zu den russischen Gewerkschaften und zu der politischen Gesamtführung Russlands überhaupt hieß es, daß die russische Führung der Befreiung, die es fertiggebracht habe, die Zukunft der russischen Revolution Sinowjew, Trotski u. a. zu mäkeln, erst bestreitigt werden müsse, ehe die Einheit der russischen Arbeiterbewegung mit Deutschland möglich sei. Die Sympathie, die Brandes für die Führer der russischen Opposition befand, kennzeichnete und beleuchtete zugleich den wirklichen Charakter der russischen Opposition, die von Brandes so quasi zum Ausdruck für den Reformismus reklamiert wurde. Bei seinen Ausführungen über die amerikanischen Gewerkschaften enttarnte Brandes zugleich die linken Führer der SPD, in diesem Falle die bekannte Toni Sender, und zeigte damit, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie sagen, daß die Linken nicht nur genau so, sondern noch gefährlicher für die Arbeitersklasse sind als die offenen Rechten. Brandes sagte, Toni Sender sei nach ihrer Reise durch Amerika zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß „wie unrecht getan hätten, indem wir die amerikanischen Gewerkschaftsführer als Rechte bezeichnet hätten“. Dabei handelt es sich gerade bei Gompers um die übelste Sorte der Reformisten.

In der Diskussion nahm Kollege Renisch von Seidel u. Kaumann zu den ausgeworfenen Fragen Stellung und führte aus, daß der IGB und seine lokale Führung unfähig sei, die geistigen Aufgaben zu lösen. Stattdessen konkretisierte er das Vorgehen der Bourgeoisie zu organisieren, fasse man Schluß für den Papierkrieg über die Konsolidierung des Washingtons Abkommen, für den Achttundenstag, über die Verhinderung der Kriegsgefahr usw., ohne diesen Bechlüssen statthabend. Taten folgen zu lassen. Kollege Renisch wies noch auf die Führer des IGB in den sozialdemokratischen Parteienfraktionen der einzelnen Länder dem Heeresrat der Bourgeoisie zugesagt zu haben und ihnen damit zu verleihen, daß sie überhaupt nicht gewillt und auch nicht in der Lage sind, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen. Gegen Krieg und Reaktion kann nur die geeinte Arbeiterschaft unter dem Banner des Klassenkampfes unter Führung der Dritten Internationale erfolgreich kämpfen und siegen. Der Kollege Schlueter, der dann zum Wort kam, verneinte, der russischen Führung an dem Bruch des anglo-russischen Komitees die Schuld zu geben, indem er erklärte, daß die Russen gegenüber den englischen Gewerkschaftsführern den größten Teil Schuld“ und von den Engländern „zu viel“ verlangt hätten. Im Schlussoptag zeigte Kollege Brandes die den Reformisten allgemein eigene Taktik, nämlich auf die durch die Diskussion ausgeworfenen Fragen nicht zu antworten, sondern lediglich mit demagogischen Verdrehungskünsten zu arbeiten. Nicht nur, sondern sehr direkt muß man es nennen, wenn Brandes patetisch rief, man solle erst einmal den Gewerkschaften nachweisen, daß sie nicht dauernd Klassenkampf führen. Wir überlassen es den sozialdemokratischen Arbeitern selbst, darüber zu urteilen, was die Taten dieser Sorte Führer während und nach dem Kriege noch mit Klassenkampf zu tun haben, — doch wohl nur das eine, daß sie vom Standpunkt des Proletariats aus gesehen dauernd jedenfalls der Karrifade gefolgt haben.

Im Tätigkeitsbericht des Bevollmächtigten Händel kam zum Ausdruck, daß die Frage der zwischenstaatlichen Lohnregulierung mit dem Schreiben der sächsischen Metallindustriellen erledigt sei. Die Reformpflicht hindere die Organisation — darum Polja. Kein Wort gegen die schändliche Schlichtungsordnung, kein Wort für den unabdingt nötigen Ausgleich der Preissteigerungen, der erkämpft werden muß. Kein Wort von der Notwendigkeit des Kampfes um Ausnützung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel.

In der Diskussion ging Kollege Lewinsohn auf das Schreiben der Industriellen ein. Dabei behandelte er die Frage des Interesses, der durchaus sein Maßstab für die Lebenshaltung der Arbeiter sei. Er verwies auf die Verschlechterung der Qualität der Textilwaren, die praktisch zu einer Teuerung führt. Die Erhöhung des Distanzhauses von 6 auf 7 Prozent be-

deute eine weitere verschärzte Teuerung. Die Konjunktur sei nur eine vorübergehende. Der Generaldirektor Duisberg habe sie eine Konjunktur „auf Borg“ genannt — wenn die Konjunktur vorübergehe, werde praktisch eine Sanktion des Reallohns eingesetzt, eine, die nicht wieder aufzuheben sei. In ganz Deutschland könne man eine Welle der Allordpreissteigerungen beobachten. Die Leistungsschlacht wurde abgebaut. Daan nahm Kollege Lewinsohn gegen die Schlichtungsordnung Stellung und brandmarkte sie als Mittel, das Koalitionsrecht durch Regierungspolitik zu belasten und den Kampf um höhere Löhne zu unterbinden. Wenn die Verbandsleitung den Kampf für eine zwischenstaatliche Lohnregulierung organisieren würde, könne sie nicht nur auf ein breites Echo in der Bevölkerung und tatkräftige Unterstützung der Kollegenschaft rechnen, sondern würde damit auch einen großen Aufstrom zur Organisation erreichen. Kollege Lewinsohn brachte darauf folgende Erklärung ein:

„Die am 27. Oktober im Reglerheim tagende Generalversammlung des DGB Dresden nimmt mit Entrüstung von der Abweichung einer zwischenstaatlichen Regelung durch den Verband der Metallindustriellen Kenntnis. Die Ortsverwaltung hat als Antwort auf die Stellung der Metallindustriellen sofort Betriebsversammlungen, sowie öffentliche Demonstrationen und gegen Lohn erhöhungen, gegen Preissteigerungen und gegen die Schlichtungsordnung in organisierten und einen Kampf um die zwischenstaatliche Regelung durchzuführen. Die Ablehnung der zwischenstaatlichen Regelung bedeutet weitere Senkung des Reallohnes, deshalb wird darüber hinaus die Ortsverwaltung beauftragt, bei dem Hauptvorstand zu fordern:

1. Entschiedenen Kampf für Lohn erhöhung, gegen die Preissteigerung, gegen die Schlichtungsordnung und für das unbeschränkte Koalitionsrecht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzuleiten.

2. Den ATGB aufzufordern, sich dieser Aktion anzuschließen, respektiv die Führung in diesem Kampfe zu übernehmen und bis zum vollen Erfolg mit aller Energie durchzuführen.

Bon der Verbandsleitung lag sich Teichgräber verantwort, die Ausübungsfähigkeit einer zwischenstaatlichen Forderung zu bemessen, ohne damit Erfolg zu haben. Die Schlichtungsordnung bezeichnete er für schlechtorganisierte Betriebe als dringend erforderlich. Dem 1. Bevollmächtigten blieb es überlassen, in der üblichen, demagogischen Weise gegen die Opposition zu fehden zu ziehen, um dadurch von der Kampfführung verschont zu bleiben. Ohne ein lachliches Wort für oder gegen die Opposition zu sagen, bezeichnete Händel im Schlüsselwort die Revolution als unwahrscheinlich. So solang es durch die übliche Demagogie die Mehrzahl der Anwesenden für Ablehnung zu gewinnen. Auf eine Anfrage des Kollegen Enderlein bei Rücktritt des Kollegen Bener aus der Ortsverwaltung wegen Behinderung durch seine Tätigkeit als Stadtverordneter, erklärte Händel, daß bevor eine Erlassmaßnahme stattfinde, die Verwaltung Stellung nehmen müsse. Ein Kollege forderte Stellungnahme der Organisation zu den Krankenkassenbeiträgen. In der nächsten großen Ortsverwaltungssitzung soll diese Frage behandelt werden.

Textilarbeiter im Abwehrkampf

Proteststreik der Belegschaft der Firma August Hoffmann, Neugersdorf.

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Lebenslage der Textilarbeiter, insbesondere in Sachsen, ist trotz der jetzt erfolgten „Lohn erhöhung“ durch den Schiedspruch des Landesschiedsgerichts eine geradezu tröste. Die fortwährende Teuerung, die ein fortgeschrittenes Anzeichen der Preise für Lebens- und Bedarfsgegenstände nach sich zog, hat das Lebensniveau der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter ganz erheblich herabgedrückt. Selbst die bescheidensten Forderungen wurden von den Textilarbeitern in geradezu provokatorischer Weise abgelehnt. Die Unternehmer hofften, daß, wie bei allen Wirtschaftskämpfen, so auch diesmal die in Frage kommenden Instanzen sie vor den berechtigten Forderungen der Textilarbeiter in Schutz nehmen würden.

Die Textilarbeiter leben mit Grauen dem kommenden Winter entgegen. Bedeutet dieser doch für sie doppelte Ausgaben. Es wird Heizung und Licht gebraucht, die man im Sommer noch ersparen konnte. Notwendig ist auch Winterkleidung, um die Arbeiter auf dem langen Wege von und zur Arbeitsstätte gegen die rauhe Witterung zu schützen. Schon

Die „A-I-Z“ heute neu!

frühdien, wenn die Besitzenden in ihren Villen noch die Dänen würden, marschierten die Textilarbeiter, Mann und Frau, die Kinder sich selbst überlassend, in Kolonnen aus den umliegenden Dörfern zu den Ausbeutungsstätten. Schon frühzeitig verfünden die Besitzenden den Beginn eines neuen Tages ihres eintönigen Lebens. An Webstühlen, Spinnmaschinen stehen nun die Arbeitsschichten im Dienst für den Profit der Textilarbeiter. Größte Nutzungsflamme und Beachtung aller Anordnungen der Herren Scheit und ihrer Lakaien wird ihnen zur Pflicht gemacht. Das geringste Versehen bedeutet Arbeitslosigkeit. So manchen wurde wegen der geringfügigsten Sache das Arbeitsverhältnis gekündigt. Jede Regelung für die Interessen der Arbeiter wird von den christlichen Unternehmern als ein Akt gegen die „gotigewollte Ordnung“ angesehen. Mit den raffiniertesten Methoden versuchen sie, ihre Profitrate auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen, und scheuen nicht davor zurück, mit allen möglichen Methoden den Widerstand des Arbeiters zu brechen und die Betriebe noch rationeller zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, richtet sich der Kampf der Unternehmer in erster Linie gegen die Betriebsräte. Willkürliche Maßregelungen gegen die Arbeitersvertretungen und mißliche Personen sind an der Tagesordnung. Nicht immer erkennen die Arbeiter die Absicht der Unternehmer. Ja den Betrieben, in denen der größte Teil der Arbeiter noch unorganisiert ist, können die Unternehmer oftmals Erfolg verbuchen. Nicht so aber, wo das Organisationsverhältnis als gut zu bezeichnen ist. Gestützt auf das Vertrauen und die Komplizenlosigkeit der Belegschaften, können dann die Betriebsräte die dictatorischen Maßnahmen der Unternehmer abwehren. So auch bei der Firma August Hoffmann, die zur Zeit etwa 700 Mann beschäftigt. Dort gab es schon des älteren Gelegenheit, dem reaktionären Unternehmer zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich in Demut und nach dem Motto: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ zu unterwerfen. Die Belegschaft hat es vielmehr verstanden, bei den verschiedensten Gelegenheiten ihre Interessen zu verteidigen. In höchstgeheimer Versammlung versuchte der Kommerzienrat Hoffmann beim letzten Streik im vergangenen Frühjahr die Geschlossenheit seiner Lohnslaven zu brechen. Dabei erging es ihm wie so manchem Sonntagsjäger. Er schoss daneben. Doch er gibt auch jetzt noch nicht die Versuche auf und hofft im stillen, gelegentlich doch noch einmal Glück zu haben. So mußt er sich im Schweine seines Angesichts, den Gewerkschaftsorganen im Betrieb den Garas zu bereiten. Aber auch das gelang ihm nicht. Er hatte auch hier wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Seine „fürstlich“ bezahlten Arbeiter traten in einen einflindigen Proletarstreit. Der Herr Kommerzienrat verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß der Betriebsratsvorstand in seiner Tätigkeit für die Interessen der Arbeiter mit der Zeit „sparsamer“ umgehen solle. Er lehnte eine Bezahlung der für Betriebsratsarbeit gebrauchten Stunden ab und bot dafür eine Entschädigung von 20 Prozent des verdienten Allochtes. Das Antragen verriet ganz deutlich die Absicht, dem Betriebsrat die Rechte zu schneiden und damit eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu unterbinden. Dieser Versuch bestimmt die Betriebsratsvorstande Kollegin Tippmann (SPD), indem sie ihren Betriebsratsvorstand niederrang. Der Belegschaft bemächtigte sich ob dieses unerhörten Angriffs eine helle Empörung. Sponian kam es zur Arbeitsniederlegung. Der zweite Vorsitzende, Kollege Sachs, gab einen kurzen Bericht. Anwesend war auch der Gewerkschaftsvertreter Kollege Lehmann vom DGB, seitens der Firma war der Betriebsleiter Hennig erschienen und batte, um seinem Auftraggeber, dem Kommerzienrat, einen wortgetreuen Bericht zu liefern, zwei Stenopistinnen mitgebracht. Nachdem Kollege Sachs Bericht erstanden hatte, belebte Kollege Hoffmann eingehend das Verhalten der Firma und zeigte den Anwesenden den Zwei und den Sinn dieser Provokation der Firma auf. Die Kollegin Tippmann dankte der Belegschaft für die Komplizenlosigkeit. Der Gewerkschaftsvertreter und der Kollege Sachs wurden beauftragt, sofort mit der Firma zu verhandeln und die Zurücknahme der Anforderung zu erreichen. Durch das entschlossene Vorgehen der Belegschaft gelang es, das Anwesen der Firma abzuwehren. Herr Hoffmann konnte auch diesmal seinen Willen nicht durchsetzen, und er mag sich gefragt sein lassen: er wird bei der organisierten Arbeiterschaft auf Granit beihen, wenn er glaubt, den Arbeitern die leichten Rechte nehmen zu können. Die Arbeiterschaft wird auf dem Pfeilen sein.

Verantwortlich für den Dresdner und Ost Sachsenland: Bruno Goldammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. Druck: „Peunag“, Druckerei filiale Dresden.

geht, was geschieht . . . was mich und die Revolution zerstört . . . Ich kann nicht lügen . . .

Dascha pflügte mit der Feder das Papier, angestrengt und mühevoll nahm sie die rechte Hand vom Tisch und hob den Kopf. Unter der trostlos gewordenen Stirn, die mit dem roten Tuch fest umhüllt war, zuckten ihre Brauen hoch über der Nase.

Also was ist eigentlich geschehen, Genossin Mjekhowa? Ich sehe in meiner Dummheit nichts . . . Die Arbeit in der Frauengesellschaft geht besser, und wir Frauen haben gelernt, an der gemeinsamen Front unsere Sache besser als die Männer zu verteidigen. Was also ist da Fürchterliches geschehen, Genossin Mjekhowa?

Polsa zuckte unter Daschas Stimme zusammen und sprang auf.

Wie wagst du nur, so zu sprechen? Du weißt nicht, was geschehen ist, nein? . . . Du weißt nicht, daß ein Meer von Arbeitern und Notarmisstenblut . . . ein Meer . . . hörst du, Dascha? . . . ein Meer von Blut vergossen wurde, nur damit auf dieser Erde, die vom Blut noch nicht trocken ist, Märkte, Kaffees und Tingeltangels sich breit machen . . . damit alles in einen schmutzigen Haufen zusammengeworfen wird? . . . Du weißt das nicht? . . . Nein? . . .

Sergeij hatte noch nie Polja in solcher Erregung gesehen. Ihr Gesicht war das einer Besessenen, das ganze Blut ergoss sich in ihr, und Schweißtropfen bedeckten wie Tau ihre Stirn und Oberlippe und ihre Augen waren trocken und trüb.

Dascha blickte sich wieder über das Papier und lächelte ein verstehendes, herablassendes Lächeln.

Und ich dachte — daß . . . Glaubst du wirklich, Genossin Mjekhowa, daß alle außer dir nur Dummköpfe und Tölpel sind?

Ja, ja! . . . Dummköpfe! . . . Verräter! . . . Feiglinge!

Und plötzlich wurde sie still und lächelte Sergeij lächelnd an, hob die Hände zu den Augen und weinte.

Warum bin ich nicht damals gestorben . . . Damals, in jenen Tagen . . . in den Straßen Mostaus . . . oder in der Armee? . . . Wou muß ich diese qualvolle schändlichen Tage erleben, liebe Genossen?

Sergej's Gesicht zitterte unter einem Lächeln, das er nicht zurückhalten konnte, und es gelang ihm nicht, die ganze Lust, die in seinen Lungen war, auszuatmen. Seine Lippen hüpfsten, als ob sie nicht ihm gehörten, und in seinen Augen zerschmolz Polja, zerschmolz das Fenster, zerschmolzen die Wände und verwandelten sich in einen dichten, wolfsigen Teig. Wahrscheinlich war er müde. Wahrscheinlich kann er fremde Tränen nicht er-

tragen. Wahrscheinlich hatte Polja, damals in der Nacht, seine letzten Kräfte genommen, als sie, tot vor Schrecken, gebrochen durch die tierische Kraft Bajdins, zu ihm in sein Zimmer hereinkam.

Dascha stand neben Mjekhowa, mit feucht-schimmernden Augen. Sie preßte ihre Schulter fest zusammen.

Genossin Mjekhowa, das ist eine Schande. Du willst mit Tränen und Anfällen deine Kraft beweisen? Du bist doch kein Fräulein, sondern eine Kommunistin. Unser Herz sei aus Stein, Genossin Mjekhowa . . . Unser Herz soll zerbrechen . . . Soll zu Stein werden — aber wir brauchen kein Herz zum Weinen, brauchen kein Herz zum Weichwerden . . . Du hast dich verirrt, Genossin Mjekhowa. Geh nach Hause und beruhige dich . . . Kannst dich auf mich verlassen — ich habe Kräfte — noch für lange Zeit . . .

Und sie ging auf ihren Platz zurück, hart in ihren Muskeln, nahm die Feder wieder fest in die Hand und fraßte in ihrer ungestalt-trogen, ungeübten Weise über das Papier.

Polsa sah lange und erschrocken Dascha, dann Sergeij an und setzte sich schweigend auf den Stuhl. Eine tiefe Falte grub sich in ihre Stirn und mit ungewohnter Ruhe und Kälte sagte sie durch die Zähne:

— Ich werde nicht weggehen. Ich bin gekommen, um zu arbeiten, und ich werde bis zum Schluss weiterarbeiten

— Nur ja . . . ich kenne dich doch, Genossin Mjekhowa wir arbeiten doch nicht den ersten Tag zusammen . . .

Dascha schrieb, ohne den Kopf zu heben, und lächelte.

II.

Die Parteireinigung

Die Parteireinigung wurde in der Werkstatt vorgenommen. Sergej war dieser Zelle zugewiesen, und Polja war da, die in ihrer Zelle die Reinigung krankheitshalber versäumt hatte.

Die Versammlung der Zelle wurde im Theatersaal abgehalten. Es kamen viele Menschen — eine Menge von Parteiwilligen wählte sich herein. Die Kommunisten drängten sich in die ersten zwei Reihen, die Parteilosen verteilten sich nach rückwärts. Und weil die Wände des Saales mit Spiegeln bedekt waren und immer neue Massen sich in ihnen widerholten, schien es, als wären aber nur hundertfünfzig.

Es lag ja als dritter in der Kommission am Tisch vor der Bühne. Der Kronleuchter mit den 50 Lampen flamme mit seinen brillanten Hängern auf.

(Fortsetzung folgt.)

ZEIMENT
Aus dem Russischen übertragen von Olga Halpern
Copyright 1922 by Verlag für Literatur und Politik Dr. Johannes Wertheim, Wien, Berlin

(100. Fortsetzung)

Und Luchawa schüttelte den Kopf und steckte seine Nase zwischen die Knie.

— Esel! . . . Dann wird man dich eben auch ausschließen oder dich verhezen. Im besten Fall dich zu irgendeiner untergeordneten Arbeit degradieren . . .

— Bitte: ich habe davon keine Angst . . .

Und Sergej bemerkte, daß auch Schidrik und Luchawa sich und ihn mit sieberhaften Augen, die vor schrecklichen Ahnungen brannten, ansahen.

Und in der Frauengruppe könnte Polja, abgemagert, mit einer tiefen Qual in den Augen, nicht das Zittern ihrer Hände und das Zucken ihres Gesichtes unterdrücken. Dascha, seitlich hin und her, sich etwas entfernt vom Tisch und schwieg mit ungewöhnlicher Handlung ihres Gesichtes.

Sergej, kennst du dich vielleicht aus in all dem, was jetzt vorgeht? Ich bin ganz verblüfft geworden. Dascha versteht mich nicht mehr: sie ist so groß geworden und spricht mit mir nicht mehr so — wie sie früher gesprochen hat. Ich fühle, daß ich aus der Partei ausgeschlossen werde, Sergej . . .

Dascha schwieg, hörte nicht zu, was Sergej sagte. Auch Sergej schwieg: er wußte nicht, was ihr erwidern. Er wollte leise und behutsam ihre Seele berühren, fand aber die notwendigen herzlichen Worte nicht.

— Ich werde dort liegen, was ich sehe und fühle. Versteht du? . . . und man wird mich ausschließen . . . Das, was vor-

A

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Dresden und Umgegend

A

Dresdener Fischhallen

Webergasse 17, Ecke Quergasse, vom Altmarkt aus linke Seite



**Musik-Haus
Olio Friebel**

Grüßes Geschäft der
Brasche, Gegr. 1932

Liegelstr., Eckhaus Steinstr.

29121

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Max BEßler
Borsigasse 6

29398

Wander- und Bergsportartikel
Richard Nicolai

Steine Kirchgasse 1

29121

Radio-Otto

Böllnitzstraße 16

Billige Preise

Sämtliche Gütekette für Kinder

29120

„MÄFA“-Fahrräder

Wettinerstraße 20
von 72 M. an
Rahmen, — Weitreichende Zahnungserleichterungen

29115

Bruno Clauß, Schokoladen-Fabrik

Pfeilen:
Leipziger Str. 63, Hofgartenstr. 28, Markgraf-Hermann-Str. 1a, Kam-
pagne Str. 3, Luitpoldstr. 38, Annenstr. 32, Oppelner Str. 2, Kurfürststr. 38,
Hausdorffstraße, Hausdorffstr., Freiberg i. Sa., Obermarkt, Oederan

29472

DRESDEN-ALTSTADT

Edel-Haus

Nur das Beste für deine Gesundheit"
in Nahrung, Bekleidung usw.
Ecke Bürgerwiese/Bankstr. Tel. 10439

Zigarrenhaus Herbert Richter
Breite Straße 20

29117

E. F. Seidel, Kleine Plauensche Gasse 32
Leder, Schuhmacher-Bedarfsartikel
Sämtliche RFB-Ausstattungsgegenstände

29119

Erich Wünschmann
Schirme, Stöcke, Tabakspfeifen
Pillnitzer Straße 55

29120

Spezialgeschäft für Wander-, Kletter- und Wintersport

Heinr. Fuhrmann, Neumarkt 11

29121

Uhren

Gold- und Silberwaren

Gustav Smy

Moritzstraße 10. Telefon 20326

Feste Fleisch- und Wurstwaren

R. Käfer, Frauenkirche 21

29441

Fleisch- und Wurstwaren

P. Segelhorst

Zirkustraße 31 Kampische Straße 33

29442

Zigarrenhaus Kohl

Staustraße 7 Beste Qualitäten — niedrigste Preise

29198

Zoolog. und Zierfisch-Handlung

Herbert Böhmer Moritzstraße 13

29470

Tabakwaren — H. Fülle

Moritzstraße 15, Ecke Schirgasse

29443

Drogerie Franz School

Amalienstraße 21 und Albrechtstraße 11

29440

Optiker Georg Jacobi

Amalienstraße, Ecke Drehgasse

29492

E. Gey, Lederhandlung

Nur gute Keroledersohlen / Pillnitzer Str. 60

29240

Trifft nur das köstliche

Waldschlößchen-Bier

29475

Leder — Schuhmacherbedarfartikel

Richard Schädel, Ammonstraße 31



Arbeiter

kauft nur bei

O. Schädel

Anzüge, Windjacken

Hosen, Mäntel

Amalienstr. 28 — Gruner Str. 13

29403

Friseur Gustav Stärmer

Röhrhofgasse 24

29493

Billig und gut kaufen Sie

Ausläge, Arbeitseroben u. Schuhe nur bei

Lewkowicz, Ziegelstraße 41 neben Caro

29371

Jos. Günther

Musikkaten-Handlung

Ziegelestr. 24 Ruf. 29948

29491

Geschn. Zigarettabak, zsm. Uebersee, 100 g

500 und 0,50 M., HEIMANN Josephshaus 21

und Wilder-Mann-Str. 4

29251

Zigarren-Gocht

Annenstraße 12a u. 2a

29350

Zigarrenhaus Holm

Am See 23 Gelegenheitsläden in I., II., 3-Pl.-Zigaretten

29317

Gute Stiefelsohlen

bei G. Teicher

Lederhandlung — Pillnitzer Straße 35

29490

DRESDEN-JOHANNSTADT

Wilhelm Bär Nachfig.

Inhaber: Richard Pöndorf

Pöhlauerstraße 15

Weine, Spirituosen, Kaffee

29480

und großes Spezialitäten- und Getränkegeschäft

Reparaturwerkstatt

29474

Fahrräder

aus erprobte Fabrikate

65, 85, 90, 98, 50, 110 M. usw.

Gr. Auswahl / Garantie / Bequeme Teilzahlung

Reparaturwerkstatt

29474

Ernst Venus

Wäsche, Leinen- und Baumwollwaren

5% Rabatt

Annenstraße 28 / Pöhlauerstraße 25

29475

Sammel's Schänke / Inhaber: O. Bleicher

Hopfenstraße 29

29471

Gummi-Schläuche, Spezialw., hygienische

Artikel, Leibbinden, kompl. Baby- u. Wäsche-

artikel — Ausstattungen, Sport- Abteilung

Sammelshaus, Johannstadt, Pöhlauerstraße 3

29482

Trikolagen und Wäsche

Oskar Linhart, Pöhlauerstraße 1

29484

Verkaufsstelle der organisierten Arbeiter

Restaurant „Vater Kohl“

Pöhlauerstraße 38

29485

Fahrrad-Handlung — Reparaturen

Reparatur- u. Max Heißig, Pöhlauerstraße 31

29484

Restaurant „Vater Kohl“

Pöhlauerstraße 38

29485

RESERVIERT

DRESDEN-LOBTAU

Drogerie

am Kronprinzenplatz

Spezialgeschäft für sämtliche Photo-Arbeiten

Großes Lager in Photo-Apparaten

29492

Löbtauer Malerladen

Reisewitzer Straße 20

Lack, Farben, Pinsel, Schablonen

Tapeten usw.

Spezialität:

Stichfertige Lack- und Ölfarben

29481

ADLER-DROGERIE

Ernst Unger, Reisewitzer Str. 35

29480

• Rössler's Kaffeegeschäft

Kesselsdorfer Straße, Ecke Böhmerstraße 2

29486

Uhren, Goldwaren, Optik

Reiter, 29493 Dr. Hauptstraße 11

29486

Konfektionshaus

Rudolf Lederer, Dresdner Str. 23

29488

DRESDEN-STRIESEN

Gloria-Palast

des fühlenden Lichtspielhauses von Dresden-Ost